

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 210 · 18. JAHRGANG · AUSGABE 7/2012 VOM 19. JUNI 2012 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

2 | **Mit Freude
und Staunen**
Ereignisreicher Mai im Freiraum

7/8 | **HOKAWE –
ein Thema ohne Ende**
Landrat Ihrke gibt nicht auf

12 | **Bürokratie
ist antiliberal**
Sozialismus oder Liberalismus

Altanschließerbeiträge – Nein danke!

Im Jahre 2007 hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg entschieden, daß Wasserzweckverbände Investitionskosten für nach der Wende errichtete Anlagen auf Altanschließer umlegen könne. Das heißt, daß alle Grundstücksbesitzer zur Zahlung verpflichtet werden können, die am 3.10.1990 an zentrale Wasser- und Abwasseranlagen angeschlossen waren. Im Bereich des Zweckverbandes Wasser/Abwasser (ZWA) Eberswalde wurde eine andere Lösung gefunden. Hier erfolgt, statt extra Anschlußkosten zu berechnen, eine Verrechnung über die Verbrauchsgebühren, die entsprechen höher ausfallen. Anders sieht es im Bereich des Wasser- und Abwasserverbandes Panke/Finow (WAV Panke/Finow) aus. Dort sind die Städte Bernau und Biesenthal sowie die Gemeinden Rüdnitz, Danewitz und Melchow zusammengefaßt. Die Geschäftsbesorgung obliegt seit 1994 den Stadtwerken Bernau. Im Verbandsgebiet werden derzeit etwa 44.000 Einwohner versorgt.

Die Empörung der Bürger im Bereich WAV Panke/Finow war Anlaß, im Juli 2011 eine Bürgerinitiative (BI) zu gründen. Aus den verbandsangehörigen Orten setzen sich sachkundige Bürger mit der Problematik Altanschließerbeiträge auseinander.

Laut Satzungen des WAV Panke/Finow vom 13.12.2010 sind von den Grundstücksbesitzern als Altanschließerbeiträge für Trinkwasser 0,79 Euro und für leitungsgebundenes Abwasser 2,86 Euro pro Quadratmeter Grundstücksfläche zu zahlen zuzüglich des Nutzungsfaktors der Bebaubarkeit des Grundstücks. Für ein 1.000 Quadratmeter großes Grundstück wären demnach 790 Euro für Trink- und 2.860 Euro für Abwasser zuzüglich des Bebaubarkeitsfaktors zu zahlen. Beim Faktor 1 sind das insgesamt 3.650 Euro.

In den ländlichen Bereichen unseres WAV sind Grundstücke in der Größenordnung 2.000 bis 5.000 Quadratmeter keine Seltenheit. In diesen Fällen wäre die finanzielle Belastung für die Grundstücksbesitzer nicht nur ungeheuer, sondern auch überaus ungerecht.

Viele Eigentümer würde das in eine Verschuldung treiben, aus der sie schwer wieder herauskommen könnten. Den Wohnungsunternehmen raubt die o.g. Zahlung Mittel bis in dreistelliger Millionenhöhe für dringend benötigte Investitionen. Erhebliche Mieterhöhungen wären die mittelbare Folge. Leidtragende wären die Mieter und Grundstückseigentümer mit ihren Familien, aber auch Handwerk und Gewerbe, bei denen Aufträge und Arbeitsplätze wegbrechen würden.

Der WAV Panke/Finow KANN Altanschließerbeiträge erheben – muß es aber nicht! Die Finanzsituation unseres Verbandes erfordert keine zusätzlichen finanziellen Mittel.

Die Mitglieder der BI WAV Panke/Finow haben sich zum Ziel gesetzt, die Betroffenen in Form von persönlichen Gesprächen, an den WAV und den Ministerpräsidenten gerichtete Unterschriftensammlun-



gen, mit öffentlichen Protesten sowie über die Nutzung von Presse und anderen Medien zu informieren.

Die betroffenen Bürger der verbandsangehörigen Gemeinden wurden so sensibilisiert, daß sie in großer Anzahl an den Verbandsversammlungen teilnahmen und sehr emotional ihren Unmut und ihre Empörung zum Ausdruck brachten. Die Bürger sind auch mutiger geworden, sie fordern von ihren Stadtverordneten und Gemeindevertretern ein, daß sie im Interesse der Bürger verantwortungsbewußt Position beziehen.

Die BI Panke/Finow kann bisher als Erfolg verbuchen, daß bisher KEINE Bescheide über Altanschließerbeiträge verschickt wurden, bevor gerichtliche und politische Entscheidungen gefallen sind.

ANNELIESE MAU und DORA DUHN, Melchow

Forßmann-Streik mit Erfolg beendet

22 Streiktage – mehr Informationen dazu auf den Seiten 3 und 4



Grün bricht Beton

»Die Betonwüste lebt...« titelte die lokale Tageszeitung am 7. Mai. Auf dem Bahnhofsvorplatz standen an diesem Tag Grünpflanzen, die Eberswalderinnen und Eberswalder am Vortag vorbeigebracht hatten. Zusammen mit Farnen und großen Pflanzenkübeln aus dem Forstbotanischen Garten gestaltete die Initiative »wandelBar« mit Unterstützung des Garten- und Landschaftsarchitekten Andreas Timm für zwei Tage einen »grünen Bahnhof«.

In dieser liebenswürdigen Aktion verpackt, war die deutliche Kritik an bisheriger Stadtgestaltung in Eberswalde sogar für Bürgermeister Friedhelm Boginski und seine Verwaltung zu verkraften. Die Aktion schien dort sogar ein gewisses wohlwollendes Interesse auszulösen. Jedenfalls leitete die städtische Pressestelle die Ankündigung freundlich weiter.

Der zuweilen auch als »Beton-Schulz« bezeichnete Vorgänger des heutigen Bürgermeisters war zwar schon 2006 abgewählt worden, allerdings wirkte dessen Strategie in Stadtplanung und -gestaltung über den bis 2009 im Amt verbliebenen Baudezernenten Dr. Prüger bis in die heutige Zeit weiter, zumal Stadtplanung ohnehin längerfristig wirkt und nur mit Mühe in eine andere strategische Richtung gelenkt werden kann.

Die Beton-Schulz-Ära hat in Eberswalde mehrere große kahle von Beton und Stein geprägte Plätze hinterlassen. Der Bahnhofsvorplatz ist einer davon.

Überlegungen für eine ansprechendere Gestaltung gibt es inzwischen auch für den Eberswalder Marktplatz. Baudezernentin Anne Fellner scheint neuen Ideen gegenüber aufgeschlossen zu sein. Dennoch wird es ein langer Weg. Die Mitarbeiter der Bauverwaltung, die Stadtverordneten im zuständigen Fachauschuß, die Führung der städtischen Wohnungsgesellschaft und auch die im Auftrag der Stadt arbeitenden Bauplaner sind von der Praxis der letzten 15 bis 20 Jahre geprägt. Die Vergangenheit läßt sich nicht per Kommando abschütteln. Ein grundlegender Umdenkungsprozeß braucht Zeit und das gesellschaftliche Engagement der Eberswalderinnen und Eberswalder. Solche Aktionen wie der »Grüne Bahnhof« können ein Initial dafür sein.

GERD MARKMANN

Blumen für einen kahlen Platz

Eberswalde (prest-ew/bbp). Es war für Bürgermeister Friedhelm Boginski ein Bedürfnis, am 7. Juni mit der Aufstellung von drei mit Geranien bepflanzten Pflanzenpyramiden auf dem Eberswalder Marktplatz symbolisch die Sommerbepflanzung in der Stadt abzuschließen. Insgesamt wurden in der Stadt zwölf Pflanzpyramiden aufgestellt. Die Schalen dieser Pyramiden sind mit 700 Geranien bepflanzt. Gut 10.000 Euro hat die Stadt Eberswalde für diesen Sommerschmuck aufgebracht.

Mit Freude und Staunen

Die Freiraum-Initiative blickt auf einen ereignisreichen Mai zurück

Mit einer großen Ausräumaktion ging ein besonderes Projekt im Herzen der Stadt zu Ende. Der »Freiraum«, direkt in der Eisenbahnstraße im Medienhaus, konnte einen großen Beitrag zur Wiederbelebung der Eisenbahnstraße und für die kulturelle Vielfalt in Eberswalde leisten. Viele Menschen haben den Mai genutzt, um den Raum mit ihren Ideen oder einfach mit ihrem Kommen zu erfüllen. Sie alle haben gezeigt, daß es möglich ist, mit geringen finanziellen Mitteln und nur durch ehrenamtlichen Einsatz etwas zu bewegen in dieser Stadt.

Durch die sehr positive Resonanz fühlen wir uns bestärkt, weiterzumachen und ein dauerhaftes freies Kulturzentrum für Eberswalde zu schaffen. Der Kreis der Unterstützenden hat sich deutlich vergrößert. Wir werden uns deshalb künftig jeden Donnerstag um 18.30 Uhr im Trödelcafé am Karl-Marx-Platz treffen, um weitere Aktionen zu starten, das Projekt organisatorisch weiterzuentwickeln und eine realistische tragfähige Struktur aufzubauen. Zu diesen Treffen sind alle Interessierten herzlich eingeladen.

Während der ersten Treffen werden wir auch die Gelegenheit nutzen mit Freude und Staunen auf den Mai im Freiraum zurückzublicken. Es war für jeden was dabei: vom Baby bis zum Opa, von Studierenden bis zu Ur-Eberswalder Menschen. Nachmittags kamen Kinder in den Freiraum, um dort ihre Freizeit zu verbringen und im Schenkladen zu stöbern; bis in die späten Abendstunden saßen Menschen beisammen und diskutierten oder entspannten sich – ohne sich an den Unterschieden von Alter oder Herkunft zu stören. Es fanden Begegnungen statt, die so woanders kaum möglich gewesen wären. Doch nicht nur die positiven Reaktionen der vielen Menschen, die in Eberswalde und Umgebung leben, haben uns allen Zuversicht geschenkt. Vor allem jenen Menschen, die durch ihr Engagement stimmungsvolle Konzerte, Theateraufführungen, Diskussionsrunden über aktuelle Themen oder Workshops zum Mitmachen und Mitlachen gestaltet haben – und nicht zuletzt allen Freiwilligen während des letzten Freiwilligentags, gilt besonderer Dank. Die Räumlichkeiten im Medienhaus wurden dadurch auf ganz besondere und vielfältige Weise belebt. Gegenseitiger Respekt und Verständnis haben es sogar ermöglicht, daß Veranstaltungen zeitgleich stattfinden konnten.



Auch für das leibliche Wohl wurde gesorgt: jeden Donnerstag wurde im Vorfeld von Veranstaltungen gemeinsam gekocht und gegessen. An dieser Stelle sei auch jenen Menschen gedankt, die uns Lebensmittel geschenkt haben. Die Volksküche ist mittlerweile zu einer Institution geworden und sollte auch über den Mai hinaus bestehen.

Darüber hinaus konnte der Freiraum als Plattform für bestehende und sich neu gründende Gruppen und somit als Ort des Austausches dienen. Gerade der Austausch und die Vernetzung von Interessengruppen in und um Eberswalde war bereits in den ersten Zügen der Freiraum-Bewegung ein großes Anliegen.

»Jeder der möchte, soll mitmachen können, das ist doch die Idee von gesellschaftlicher Teilhabe.« Diese Aussage eines Freiraum-Nutzers spiegelt den Wunsch nach neuen, kooperativen Lösungswegen auch auf politischer Ebene wieder.

Aus diesem Grund wurde am letzten Samstag zusammen mit der wandelBar-Initiative eine offene Konferenz, oder auch open space, veranstaltet. Hier konnten weitere Ideen gesammelt und Interessen gebündelt werden. Beispielsweise wurde die Idee der »Offenen Werkstatt« und gemeinsam genutzter Büros aufgenommen und weiter entwickelt. Das Prinzip wurde weiter gefaßt, denn die gemeinsame Nutzung von Räumen und Ressourcen – wie Drucker, Fax, Internet, Büromöbel oder Werkstattequipment, soll ein kostengünstiges Angebot für Interessierte sein. Konkrete Ideen zur Finanzierung solcher Räume existieren bereits. (Frei)Räume – in Form von Leerstand - gibt es in Eberswalde genug. Wir suchen Menschen, die den Mut haben, sich auf solche alternativen Konzepte einzulassen und mit uns gemeinsam die Rahmenbedingungen gestalten, um den vorhandenen Ideen und Potentialen ihre Räume zur freien Entfaltung zu bieten.

Weitere Informationen finden Sie unter unserer Homepage www.freiraum-eberswalde.de oder kommen sie einfach zu unserem nächsten Treffen.

DOWAN

Drei Wochen Streik – ein Erlebnis- und Erfahrungsbericht:

„Wir haben verstanden“

von Gisela Weirich*

Der Anfang war sehr verhalten, relativ ruhig unsererseits (Klinikpersonal), Bettina Weitermann schon voller Energie, das Ziel vor Augen und fast ungläubig über die Leidenschaft der Mitarbeiter. Als die Tarifkommission gegründet war, dann die Vergleichstabelle Brandenburg unter die Krankenschwestern verteilt wurde, begriffen sehr viele, daß es sich um einen großen Batzen Geld handelt, der uns jeden Monat vorenthalten wird. Langsam stieg der Wutpegel in der Meute, immer mehr kam das Bewußtsein hervor, daß es nur ver.di gestattet ist, Tarifverhandlungen zu führen UND daß ver.di nur in unserem Auftrag handeln kann und mit der Intensität, die wir fordern – ergo – große Wut = viel Energie = viel Kraft = große Aktionen = viel Druck.

Zwei Warnstreiks, die uns untereinander näher brachten und zeigten – da geht was und da sind viele! Nach der ersten Urabstimmung, als Reaktion auf die Nicht-Reaktion, begann der Streik. Anfangs waren wir unbeholfen und mußten erst lernen, daß auch Streik Arbeit ist und Überstunden fordert. Interessant war, daß wir früh noch gar nicht ahnten, was wir abends für tolle Aktionen starten werden. Die Meute wuchs zur aktiven Mannschaft, mit Freude und immer mehr Mut entdeckten wir ungeahnte Möglichkeiten. Ups, der Ministerpräsident in Eberswalde – die Erkenntnis, daß Herr Platzeck an UNS vorbei geschmuggelt werden soll. NICHT MIT UNS! Unser Landesvater begegnete den Streikenden, weil sie freundlich im Weg standen und er tat das einzig Richtige – er sprang aus seinem Auto, schüttelte Hände und hörte aufmerksam zu. Oh waren wir stolz!

Tags darauf große Dekantagung im Paul-Wunderlich-Haus mit Rede unseres Geschäftsführers zu einem sehr heiklen Thema »Fachkräfte binden«, wenn man die derzeitige sehr hohe Fluktuation bedenkt. Schon die Ankunft

des Herrn Kothe-Zimmermann im Hof des Paul-Wunderlich-Hauses, wie stets mit locker schaukelndem Handgelenktäschlein, war sehr eindrucksvoll. Er stockte etwas im forschen Schritt und wurde zusehends blässer um die Nasenspitze. Schnell zogen die Ärzte ihre Trillerpfeifen und wer bisher noch nichts sah, der hörte das Dilemma. Binnen weniger Sekunden kam es zu einem elfminütigen scharfen Wortwechsel zwischen beiden »Kampfparteien« oder besser zwei (Ärzte + Schwestern) gegen eins (Geschäftsführung). Artig saßen ca. 20 Streikende auf dem Besucherbalkon und hörten den verlogenen, mißachtenden, mißglückten Vortrag mit an und hatten schwer mit sich zu kämpfen, keine kritischen Bemerkungen einzuwerfen. Spätestens nach diesem Vortrag war auch der letzte Mitarbeiter des WFK davon überzeugt, daß dieser Geschäftsführer nicht die geringste Achtung oder Wertschätzung dem Personal in der Klinik entgegenbringt. Am Ende des Vortrages war eine Pause, die der Dekan aus Deggendorf nutzte, um sich im persönlichen Gespräch einen Überblick über die vorhandene Situation zu machen.

Dann die nächste Chance: Kreistagssitzung mit Bürgerfragerunde und möglichem Rederecht! Die Fragen, deren Reihenfolge und die Rede waren flott ausgedacht, wieder die Transparente eingepackt und mitgebracht. Den Balkon kannten wir inzwischen und fühlten uns sofort heimisch. Ungeplant kam noch ein Arzt als Unterstützung mit Getränken und Fragen an die Kreistagenden.

Nächste Möglichkeit: Stadtverordnetenversammlung. Das macht Spaß, zu erkennen, wie unberechenbar wir geworden sind. Nichts auslassen, um Aufmerksamkeit zu erreichen. Fragen, Rederecht, Unterschriftenübergabe der Bürgermappe an den Bürgermeister. Ein Abgeordneter appellierte explizit an uns, die »Infor-

mationsveranstaltung« unserer Geschäftsführung nicht zu verschenken, sonst hätte der Geschäftsführer die Plattform, die ER wünscht.

Okay, also haben wir unzählige Mitarbeiter jeder Ebene mobilisiert und haben das EBUZENT übermäßig gefüllt. Zur Begrüßung hielten uns eine kleine Abordnung der Ärzte ein riesengroßes Plakat entgegen »Ihr seid es uns wert – die Ärzte«. Tosender Beifall, Erstaunen der Aufsichtsratsmitglieder und der GF-Riege. Die Geschäftsführer-Rede mit nervenden Statistiken war Zeitraub und rief Gelächter und Gejohle hervor, als der Verhaltenskodex angepriesen wurde. Als endlich das Wort an uns Mitarbeiter übergang, hielt eine Krankenschwester eine sehr gute Rede, die uns allen aus der Seele sprach (Seite 4). Einige Streikende stellten Fragen, hatten Bemerkungen und Feststellungen. Bettina Weitermann, die ver.di-Frontfrau, hielt eine flammende Rede mit verbalen Ohrfeigen, Mahnungen, Hinweisen und Wertschätzung für alle Arbeitenden des Werner-Forßmann-Klinikums, wohlformuliert, einfach brilliant. Quittiert wurde von Arbeitgeberseite mit betretenen Gesichtern, die teilweise blaß oder vor Scham errötet waren und von Arbeitnehmerseite mit tosendem Beifall und standing ovation.

Über das Wochenende hatte jeder für sich noch einmal Zeit, das letzte Angebot zu überdenken und zu einer eigenen Meinung zu kommen. Am Montag war die Vollversammlung, mit nachvollziehbaren Rechenbeispielen von Bettina W. präsentiert. Erhitzte Gemüter, verschiedene Tendenzen, teilweise Unsicherheit. Die zweite Urabstimmung am 8. und 9. Juni bescheinigte dann, das aktuelle Angebot wird von der Belegschaft getragen.

Meine Grunderkenntnis: Es hat lange Zeit gedauert bis genügend Wut vorhanden war, aber die Einheit aller Mitarbeiter hat schier unmögliches möglich gemacht. Gemeinsam sind wir stark, wurden wir immer sicherer und besser im Argumentieren, wir können inzwischen den Politikern in die Augen schauen ohne Scheu. Wir haben es verstanden, wir sind wertvoll und haben uns gefunden!

Und wir werden weitermachen, das ist klar!

* Name von der Redaktion geändert

Solidarität, ein schlagkräftiges Argument

Vor allem, wenn es darum geht, Forderungen durchzusetzen. Es bewies seine Kraft beim Streik der Krankenschwestern, der Pfleger, Servicekräfte und schließlich auch der Ärzte im Eberswalder Krankenhaus.

Viele Genossen von DKP und LINKE haben den Medizinern den Rücken gestärkt. Beispielsweise mit dem Sammeln von Unterschriften. Viele Menschen schüttelten mit dem Kopf, unterschrieben sofort in den Listen und sprachen mit uns über die Probleme in unserem Krankenhaus. Daß die Krankenschwestern mehrere hundert Euro weniger verdienen, als z.B. die Kolleginnen in Angermünde, Bernau und Schwedt, verstehen viele nicht.

Auf dem Markt war auch Bürgermeister Boginski. Ich sprach mit ihm und sagte, daß die Krankenschwestern in wenigen Minuten auf dem Marktplatz sein werden. Er ging in sein Büro und kam nicht mehr auf den Platz. Er hat nicht zu den Medizinern gesprochen. Ein schöner Bürgermeister.

Am 1. Juni war dann Landrat Ihrke bei den Streikenden. Er sprach, um zu sprechen. Etwas konkretes war nicht zu hören. Er hatte wohl gedacht, wenn er als Landrat seine kurze Rede beendet, freuen sich die Schwestern und gehen wieder auf ihre Stationen. Ihn und seinen Mann in der GLG, Kothe-Zimmermann, der für das von ihm errichtete Ausbeutungsregime

jeden Monat mehrere zehntausend Euro einsteckt, beschimpfen viele Menschen als korrupte Bande und Schmarotzer. Da scheint irgendwas dran zu sein. Viele Menschen, die in die Listen unterschrieben, meinen, daß solche korrupten Personen solche verantwortungsvollen Posten wie Landrat oder Bürgermeister nicht bekleiden sollten. Dieser Kothe-Zimmermann, der im Krankenhaus den Ton angibt und das Personal ausquetscht, sollte wieder dahin gehen, wo er hergekommen ist.

Die Stimmung war ganz schön aufgeheizt. Über 2.000 Unterschriften wurden gesammelt. Viele Menschen zeigten sich sehr unzufrieden und meinten, daß sich das bei der nächsten Wahl bemerkbar macht.

NORBERT GLASKE, DKP Oberbarnim

Wir sind das Klinikum

Wir bedanken uns sehr für die Einladung des Aufsichtsrates und nutzen diese gern um auf unsere Situation aufmerksam zu machen.

Wir freuen uns über das zahlreiche Erscheinen von den Ärzten, die uns hier in unserem Arbeitskampf unterstützen und wir sind beschämt und traurig, daß unsere Pflegedienstleitung heute am 18. Streiktag das erstmal hier vertreten ist!

Ich fand die heutige Veranstaltung nett. Denke sie ist sehr informativ und interessant, aber hier und jetzt falsch platziert. Sie hat nichts mit dem Streik zu tun und wird sich auch nicht auf den Streik auswirken.

Wir liegen mit unserem Gehalt bei 75-80 % vom öffentlichen Dienst. Ich persönlich arbeite seit mehr als elf Jahren auf der chirurgischen Intensivstation. Meine Arbeit ist verantwortungsvoll, ich mache das auch sehr gerne und denke, daß ich das auch recht gut mache.

Aber ich finde meinen Arbeitsplatz nicht attraktiv. Ich gehöre zu den »Neuverträgern« des Hauses, d.h. ich bekomme gegenüber meinen Kollegen, die zwei Jahre länger hier sind als ich, etwa 300 Euro weniger. Und diese wiederum bekommen etwa 400 Euro weniger gegenüber anderen Kliniken hier in der Nähe.

Wir fordern jetzt eine Lohnerhöhung von 12,5 %, das heißt eine Angleichung an den Lohn des öffentlichen Dienstes.

Eine Woche nach unserem Streikbeginn begannen auch die Ärzte zu streiken. Nach nur vier Tagen haben Sie sich, Herr Kothe-Zimmermann, mit ihnen auf eine Gehaltserhöhung von 6,7 % geeinigt. Damit liegen die Ärzte jetzt bei 98 Prozent gegenüber dem öffentlichen Dienst. Das ist schön, steht ihnen zu und ist fair.

Aber da frage ich mich, da fragen wir uns und da fragen wir Sie, meine Damen und Herren: Wo ist hier Gerechtigkeit? Wo ist hier Gleichberechtigung? Wo ist hier Wertschätzung?

Sie, Herr Kothe-Zimmermann, stellen die Ärzte nach ganz oben und uns nach unten.

Wir sind Krankenschwestern, Physiotherapeuten, Funktionsdienst und Küche, von den Reinigungskräften ganz zu schweigen, welche noch viel mieser dran sind als wir.

Aber funktionieren kann es nur ebenbürtig, auf gleicher Höhe. Jeder hat seine Kompetenzen und Qualitäten und KEINE Berufsgruppe kann eine andere ersetzen.

Spätestens jetzt nach drei Wochen Streik mußte Ihnen deutlich geworden sein, daß ohne uns hier nichts läuft – keine gewinnbringenden Operationen, teuren Untersuchungen oder Therapien.

Wir alle sind die Erwirtschaftler! Wir sind das Klinikum! Wir sind gleichwertig!

Hiermit appelliere ich an Ihre Menschlichkeit und Fairneß.

ANNEROSE SCHMIDT, Krankenschwester

Und nicht mehr auf den Knien!

Danke ver.di – danke Bettina!

Mit Beginn der 4. Woche haben wir den Streik im Werner Forßmann Krankenhaus ausgesetzt und am 7. und 8. Juni mit der Urabstimmung entschieden, daß wir den Streik beenden und den ausgehandelten Tarif akzeptieren. Achtzig Prozent der ver.di-Mitglieder gaben bei der Urabstimmung ihr JA-Wort.

Der Streik war eine extrem wichtige, hilf- und lehrreiche Erfahrung. Es war für uns alle das erstmal und mit Sicherheit nicht das letztmal, wenn es wieder erforderlich wird.

**Der Geschäftsführer war nur so groß, weil wir gekniet haben!
Jetzt sind wir aber aufgestanden.**

Warum? 1. Weil unser Frust extrem groß und über Jahre angestaut war! 2. Weil wir einen super Coach haben! 3. Weil 2. eigentlich 1. ist!

Bettina Weitermann, unser Wortführer und ver.di-Vertreter, gab uns Hilfe zur Selbsthilfe, hat uns wachgerüttelt, die Augen geöffnet und uns unseren Sprachfehler bewußt gemacht bzw. therapiert.

Unser Sprachfehler war, nicht NEIN sagen zu können. NEIN zur zusätzlichen Übernahme von Diensten, Überstunden und NEIN zum Verzicht auf Erholungsphasen.

Die Gefühle im Arbeitskampf waren sehr unterschiedlich: anfangs leer, gefrustet, unzufrieden und skeptisch. Aber mit jedem Tag wurden viele hoffnungsvoller, motivierter und stärker. Und wieder andere, wie ich, haben sich gefühlt wie gedopt: voller Elan, Mut und Kampfgeist.

Wir haben viel erreicht: 1. einen neuen Tarifvertrag mit Lohnsteigerung, 2. mehr Gerech-



tigkeit in der Entlohnung und Mitaufnahme von Dienstplan und Überstundenregelung im Vertrag, 3. Transparenz nach außen, zu Bevölkerung und Aufsichtsrat, 4. Teamgeist, eigene Wertschätzung, Mut zum NEIN sagen.

Wir danken allen, die uns so hilfreich unterstützt haben in Wort und Tat, seien es Vertreter von der Presse, Politik, Ärzte oder Bevölkerung.

Ihr habt nicht nur uns, sondern der restlichen Welt gesagt – IHR SEID (UNS) MEHR WERT!

Und einen extremen Dank an Dich Bettina! Du bist so wundervoll loyal, diplomatisch, sachlich und emotional. Unsere Liebe – Dein Lohn!

ANNEROSE SCHMIDT, Krankenschwester ITS

Solidaritätserklärungen

Nach den LINKEN (BBP 6/2012) meldeten sich die SPD Finow, die SPD-Stadtfraktion Eberswalde und die Gruppe Arbeitermacht mit Solidaritätsadressen zu Wort. Auch die DKP-Gruppe Oberbarnim und der ver.di-Arbeitslosenausschuß solidarisierten sich.

Der SPD Ortsverein Finow beschloß am 22. Mai einstimmig, sich mit den Streikenden solidarisch zu erklären. Der Ortsvereinsvorsitzende Ringo Wrase hatte zuvor über die Ergebnisse seiner intensiven Gespräche mit den Streikenden berichtet. Er schilderte, welche Sorgen, Ängste, aber auch Hoffnungen und Wünsche die Streikenden bewegten. Ein ver.di-Vertreter untermauerte das mit Zahlen und Fakten. Der SPD Ortsverein Finow sagte zu, sich im Kreistag für einen schnellen, für alle Beteiligten akzeptablen Tarifabschluß einzusetzen.

Auch die Mitglieder der SPD-Stadtfraktion bekundeten ihre Solidarität mit den Streikenden. Verhandlungen um Gehalt und verbesserte Arbeitsbedingungen seien das gute Recht der gewerkschaftlich Organisierten »und aus unserer persönlichen Sicht ein großer Wert in unserer bundesrepublikanischen Ordnung«, erklärte der Fraktionsvorsitzende Hardy Lux. Ein stärkeres Engagement verbiete sich »aufgrund unseres Respekts vor der geltenden Tarifautonomie«.

Weniger zurückhaltend zeigte sich die Gruppe »Arbeitermacht«. Die Geschäftsführung habe sich vom Profit, den die Beschäftigten erwirtschafteten, eine fette Gehaltserhöhung von 16 % genehmigt. »Die Beschäftigten dagegen arbeiten unter unzumutbaren Bedingungen.« Wie das gesamte Gesundheitssystem werde das Forßmann-Krankenhaus seit Jahren zu Lasten der Beschäftigten und Patienten kaputtgespart, um die Profite der Pharmakonzerne und der Spitzenverdiener-Lobby zu sichern. »Der Streik im Forßmann-Krankenhaus hat Bedeutung über die Stadt hinaus. Ein Erfolg würde viele KollegInnen aus anderen Betrieben und Branchen, die unter prekären Verhältnissen und ohne Tarifvertrag arbeiten müssen, Mut machen, selbst für ihre Rechte aktiv zu werden.« Der gemeinsame Streik von Pflegekräften und Ärzten sei die richtige Antwort gewesen. Scharfe Kritik übt die »Arbeitermacht« am Separatismus des Marburger Bundes, der aus der Tarifgemeinschaft mit ver.di ausgestiegen ist.

Bürgerhaushalt am Scheideweg Landmann-Nachfolge

In der Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung im März 2007 brachte Otto Baaz im Namen des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde den Vorschlag ein, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2008 einen Bürgerhaushalt aufzustellen. Dieses Thema spielte bereits im Bürgermeisterwahlkampf eine Rolle.

Der neu gewählte Bürgermeister Friedhelm Boginski nahm diese Idee auf und brachte den Bürgerhaushalt auf den Weg. Bis zum 15.09.2007 konnten erstmals Bürgervorschläge für den Stadthaushalt – und zwar zum Investitionsplan der Stadt – eingereicht werden. Allerdings folgte die Verwaltungsvorlage nicht den Vorschlägen des Bündnisses, sondern engte den Handlungsrahmen stark ein. Nach fünf Jahren Bürgerhaushalt kam die Erkenntnis, daß es so nicht weitergehen kann.

Statt kritischer Analyse der bisherigen Arbeit veranstaltete die Verwaltung einen »Tag der Entscheidung«, an dem neue Wege zur Arbeit mit dem Bürgerhaushalt mit einer möglichst großen Öffentlichkeit diskutiert werden sollten. Das völlig unbefriedigende Ergebnis dieser Veranstaltung ist nun eine Verwaltungsvorlage für die StVV am 28.06.2012, derzufolge der Bürgerhaushalt künftig auf ein Volumen von 50.000 Euro pro Jahr beschränkt werden soll. Das sogenannte Bürgerbudget soll nun die Möglichkeit der Mitbestimmung der Bürger von Eberswalde sein. In diesem Rahmen können Vorschläge eingereicht werden, zur direkten Abstimmung über die Vorschläge durch die Einwohnerinnen und Einwohner.

In der geänderten Satzung wird diese Form des Bürgerhaushaltes als »über die gesetzlichen Beteiligungsmöglichkeiten hinaus« gehende Beteiligung an der Gestaltung des Haushaltes dargestellt. Tatsächlich jedoch ist diese Form eine Beschränkung der Bürgerbeteiligung auf einen kleinen, fast unbedeutenden Teil des städtischen Haushaltes, der ein jährliches Volumen von rund 50 Millionen Euro hat. Daran ändert sich auch nichts, wenn das Limit des

Bürgerbudgets vielleicht auf 100 oder 150.000 Euro erhöht wird. Mit dem Bürgerbudget geht der eigentliche Sinn des Bürgerhaushaltes verloren, wird aus der hehren Zielstellung ein scheidemokratisches Feigenblatt.

Es muß vielmehr darum gehen, mit dem Bürgerhaushalt das bürgerschaftliche Engagement der Eberswalder Einwohnerinnen und Einwohner zu verstärken und ihren Einfluß auf den wichtigsten kommunalen Entscheidungsprozeß – den städtischen Haushalt – zu erhöhen. Der Bürgerhaushalt der Stadt Eberswalde muß ein Teil des städtischen Gesamthaushaltes sein, der gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt und auf der Grundlage ihrer Vorschläge erarbeitet und nach einem Diskussionsprozeß in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung unter Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird. Mit dem Bürgerhaushalt soll der repräsentativen Demokratie ein Element der direkten Demokratie hinzugefügt werden.

Die Arbeit mit dem Bürgerhaushalt kann zu mehr Transparenz in Haushaltsfragen und zu mehr Verständnis für Möglichkeiten und Grenzen der Haushaltspolitik führen. Der Bürgerhaushalt stimuliert die Einwohnerinnen und Einwohner, sich an der Gestaltung der städtischen Entwicklung zu beteiligen und dafür auch eine Mitverantwortung zu übernehmen.

Die Fraktion Die Fraktionslosen hat dazu einen alternativen Satzungsvorschlag für den Bürgerhaushalt vorgelegt, der von der Verwaltung bisher ignoriert wurde.

ALBRECHT TRILLER

Eberswalde (bbp). Im September will der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) den Abgeordneten der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung seinen Personalvorschlag zur Wahl einer Dezernentin oder Dezernent unterbreiten. Amtsinhaber Lutz Landmann, zugleich Erster Beigeordneter der Stadt, wird zum Jahresende das Eberswalder Rathaus verlassen und mit 55 Lebensjahren in den Ruhestand wechseln. Seine monatliche Pension beträgt entsprechend den gesetzlichen Regelungen 55 Prozent der aktuellen Bezüge. Damit werde er »gewiß kein Sozialfall«, erklärte beruhigt ein Stadtverordneter. Derzeit laufen die abschließenden Auswahlgespräche mit den Bewerberinnen und Bewerbern. Darunter sind auch eine Reihe kompetenter Frauen. So ist nicht auszuschließen, daß demnächst eine weitere Dezernentin in die Verwaltungsspitze des Eberswalder Rathauses einzieht.

ver.di Literaturpreis

Der mit 5.000 € dotierte ver.di Literaturpreis wird in diesem Jahr im Genre Kinder- und Jugendbuch ausgeschrieben. Einsendeschluß ist der 31. August 2012. Die Bewerberinnen und Bewerber müssen ihren Hauptwohnsitz in Berlin oder Brandenburg haben. Die Jury trifft ihre Entscheidung auf der Grundlage eingesandter, deutschsprachiger Veröffentlichungen in Buchform, die innerhalb der letzten drei Jahre erstmals erschienen sind und die nicht vom Autor/der Autorin (mit-)finanziert wurden. Die Bewerbung für den Literaturpreis kann durch Verlage, Literaturvereine u.ä. erfolgen, ebenso durch die Autorinnen/Autoren selbst und durch Dritte. Es sind drei Exemplare einzureichen, die nicht zurückgegeben werden. Einsendungen bitte an ver.di, Fachbereich 8/VS, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

ANKE JONAS

Übersicht Bewirtschaftung Tierpark 1995 - 2011

Jahr	Besucher	Einnahmen			Personalstellen	Ausgaben				städt. Zuschuß		
		Eintritt	sonst. Einn.	gesamt		Pers.kost.	Futter	Heiz./Energ.	sonst. Kost.	gesamt	Plan	Ist
1995	207.046	308.518,22	149.705,56	458.223,78	27,76	712.457,33	58.194,58	70.608,89	236.273,10	1.077.533,90	604.960,55	619.310,12
1996	201.269	291.732,92	63.851,30	355.584,22	27,76	746.557,19	71.378,98	83.880,30	203.764,73	1.105.581,20	593.251,97	749.996,98
1997	207.755	302.238,95	95.793,21	398.032,16	27,88	773.109,57	61.318,19	83.690,14	207.072,81	1.125.190,71	699.089,39	727.158,55
1998	242.371	357.068,87	168.711,44	525.780,31	28,03	837.185,48	69.637,48	143.879,24	319.878,63	1.370.580,83	817.862,49	844.800,52
1999	274.431	660.557,41	148.064,85	808.622,26	28,38	872.717,40	71.511,39	123.430,87	306.246,01	1.373.905,67	619.634,63	565.283,41
2000	295.547	817.280,95	229.190,66	1.046.471,61	32,88	1.075.407,42	70.878,62	125.124,14	339.751,51	1.611.161,69	679.967,07	564.690,08
2001	217.368	581.958,40	200.764,38	782.722,78	34,12	1.123.317,88	81.067,36	141.458,28	335.207,82	1.681.051,34	633.950,80	898.328,56
2002	243.887	797.983,78	185.117,90	983.101,68	33,12	1.190.163,39	75.438,87	152.867,63	367.925,30	1.786.395,19	501.000,00	803.293,51
2003	264.132	799.567,70	236.251,79	1.035.819,49	33,12	1.225.316,16	70.058,97	156.391,48	376.972,24	1.828.738,85	561.800,00	792.919,36
2004	260.072	756.696,30	140.091,24	896.787,54	32,13	1.230.942,39	80.164,10	154.934,10	358.805,29	1.824.845,88	687.200,00	928.058,34
2005	268.404	868.057,50	163.180,36	1.031.237,86	30,53	1.159.931,58	76.383,25	159.059,00	314.671,37	1.710.045,20	662.400,00	678.807,34
2006	254.651	904.953,15	119.130,30	1.024.083,45	31,48	1.228.021,70	72.454,66	174.524,45	306.466,65	1.781.467,46	849.300,00	757.384,01
2007	258.498	942.508,25	136.383,51	1.078.891,76	24/13	1.227.211,62	84.587,41	173.144,06	358.351,26	1.867.303,61	871.100,00	788.411,85
2008	254.353	1.098.975,85	129.937,11	1.228.912,96	31,75	1.271.335,01	85.504,21	210.700,74	402.417,07	1.969.957,03	746.300,00	741.044,07
2009	250.237	1.094.079,20	139.375,30	1.233.444,50	30,25	1.343.658,11	87.403,32	234.637,05	543.234,23	2.208.932,71	692.000,00	690.000,00
2010	242.150	1.049.443,60	134.389,78	1.183.833,38	30,50	1.309.339,33	92.085,39	227.299,25	663.863,84	2.292.587,81	612.400,00	635.754,43
2011	269.868	1.212.502,60	845.729,01	2.058.231,61	31,50	1.404.807,82	93.752,27	201.568,56	900.318,28	2.600.446,93	468.144,00	542.215,32

Seit 2009 wird ein Teil der Kosten durch Zuschüsse des Landkreis getragen (2009: 400.000 Euro, 2010: 473.000 Euro). Für das Jahr 2011 sind 468.144 Euro Kreiszuschuß ausgewiesen, die unter »sonstige Einnahmen« verbucht sind. Im Jahr 2000 wurde die Märchenvilla in den Tierpark integriert (1999: 5,2 Stellen mit Personalkosten in Höhe von 207.000 Euro). Der städtische Zuschuß betrug 1999 für die Märchenvilla 183.741,62 Euro. *Quelle: Stadtverwaltung*

FDP-Sommertour

Im Rahmen ihrer Sommertour besuchte die FDP-Landtagsfraktion am 13. und 14. Juni auch den Barnim und machte Station in in Bernau und Niederfinow. In Bernau standen die FDP-Abgeordneten am Nachmittag in der Bahnhofspassage für Gespräche mit den Bürgern zur Verfügung. Am Abend gab es im »Schwarzen Adler« eine Gesprächsrunde zum Thema »Wirtschaftsstandort Bernau«. Am 14. Juni besichtigte die Fraktion das Schiffshebewerk in Niederfinow. **SERGEJ MATIS**

Per Drahtesel im Barnim

Das Bürgermobil von Dr. Michael Luthardt macht Sommerpause. Stattdessen ist Michael Luthardt, wie seine Abgeordnetenkollegin Margitta Mächtigt und die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber vom 16. bis 27. Juli wieder mit Sprechstunden unter freiem Himmel sowie Besuchen bei Vereinen, Unternehmen, Projekten und landwirtschaftlichen Produzenten in der Region unterwegs. Die zweite Woche bestreitet Luthardt mit dem Fahrrad. Wer Lust hat, ihn auf dem Drahtesel durch die wunderschöne Landschaft des Barnim zu begleiten, kann sich gern im Wahlkreisbüro in Eberswalde (03334/385155) melden, um die Fahrtroune zu erfragen. Mehr zur Sommertour auf www.michael-luthardt.de. **CINDY PANZER**

Prioritätenliste für Radwege

Fragen zum regionalen Verkehr standen am 29. Mai im Mittelpunkt eines Treffens der Landesgruppe Brandenburg der Bundestagsfraktion DIE LINKE mit Rainer Bretschneider, Staatssekretär im Brandenburger Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft. Neben dem Problem Flughafen BER ging es um die Zukunft des ÖPNV, die Regionalisierungsmittel der Bahn, den ländlichen Raum sowie die Radwegeplanung bis 2015, darunter konkret um die Radwege Gehrenberge-Bernau, Bernau-Rüdnitz sowie Wandlitz-Wensickendorf. Dagmar Enkelmann schlägt vor, bei den Radwegen eine Prioritätenliste zu erarbeiten. **BÄRBEL MIERAU**

Anfrage zur StVV am 28. Juni 2012:

Schließung der Schlecker-Filialen in Eberswalde

Die Insolvenz und die vergeblichen Rettungsversuche für die Drogeriemarktkette Schlecker ging durch die Medien. In Eberswalde gibt es drei Schlecker-Filialen. Im Eingangsbereich der Schlecker-Filiale im Einkaufszentrum »Heidewald« im Brandenburgischen Viertel war am 11. Juni zu lesen: »Am 29. Juni schließt die Schlecker-Filiale«. Vermutlich werden zum gleichen Termin auch die beiden anderen Schlecker-Märkte im Leibnizviertel und in Ostend ihre Pforten schließen.

Hierzu bitte ich Sie um die Beantwortung folgender Fragen:

Brandenburgisches Viertel:

Sozialstudie im Internet einsehbar

Eberswalde (prest-ew/bbp). Derzeit liegt die aktuelle Sozialstudie zum Brandenburgischen Viertel auf der Internetseite der Stadt Eberswalde zur Einsicht vor. Das knapp 200 Seiten starke Dokument steht somit allen Bürgerinnen und Bürgern wie Interessenten zur Verfügung. Die Sozialstudie ist auf der Startseite der Stadt Eberswalde unter der Rubrik »Publikationen« einsehbar (<http://www.eberswalde.de/Aktuelles.2292.0.html>).

Die Stadt hatte die Sozialstudie zur Wohn- und Lebenssituation im Brandenburgischen Viertel im vorigen Jahr für 40.000 Euro in Auftrag gegeben und zugleich für 20.000 Euro ein Verstärkungskonzept bestellt (BBP 5/2011). Letzteres befindet sich derzeit noch in der Ab-

stimmung mit der Verwaltung und soll nach Aussagen des Ersten Beigeordneten Lutz Landmann im September zur Verfügung stehen.

Mit der Sozialstudie sollten Fragen der sozialorientierten Gebiets- und Wohnraumentwicklung geklärt werden. Grundintention war dabei, eine umfassende Standortbestimmung zur Entwicklung der sozialen Situation, der Lebens- und Wohnbedingungen und der Veränderungswünsche aus Sicht der Gebietsbevölkerung zu erhalten. Gleichzeitig ging es darum, die Sozialstruktur und die Wohnverhältnisse im Brandenburgischen Viertel mit anderen Stadtteilen zu vergleichen, um weitere Anhaltspunkte zum Stand der Gebietsentwicklung zu gewinnen.

Aktionsfonds Eisenbahnstraße

Eberswalde (prest-ew). Für das Quartier Eisenbahnstraße steht ab sofort ein Aktionsfonds bereit, der Projekte der Anwohner, Eigentümer, Gewerbetreibenden und anderer Akteure unterstützt. Gefragt sind kleinere, in sich abgeschlossene Maßnahmen, die kurzfristig und unbürokratisch umgesetzt und finanziert werden sollen. Dazu zählen unter anderem Investitionen zur Profilierung des Standortes und zur Verbesserung des Ansehens der Straße. Je Antrag können maximal 2.500 Euro bewilligt werden. Projekte, die dazu beitragen, Kooperationen in der Eisenbahnstraße ins Leben zu rufen und zu stärken sowie zur Imageaufwertung der Eisenbahnstraße beitragen, werden gefördert.



Das Quartier Eisenbahnstraße ist in das Forschungsfeld »Kooperation konkret – Experimenteller Wohnungs- und Städtebau« des Bundes aufgenommen. Gemeinsam mit der öffentlichen Verwaltung, den Immobilieneigentümern, den Gewerbetreibenden und den Menschen vor Ort soll versucht werden, neue Impulse zu setzen und die Attraktivität des Quartiers zu erhöhen. Der Projektrahmen erstreckt sich von der Verringerung des Gewerbe- und Wohnungsleerstandes über die weitere Sanierung von Gebäuden durch die Aktivierung der Eigentümer und die Nachnutzung von Schlüsselgebäuden bis hin zur Aufwertung des öffentlichen Raumes.

Die Richtlinie zum Aktionsfonds kann von der Internetseite www.eisenbahnstrasse-eberswalde.de heruntergeladen werden. Beratungen zur Inanspruchnahme der Aktionsfondsmittel führt der Koordinator der Eisenbahnstraße Nicky Nerbe durch. Zu erreichen ist er unter der Telefonnummer 03334/2996626 oder per E-Mail: info@eisenbahnstrasse-eberswalde.de. Montags von 17 bis 19 Uhr gibt es eine regelmäßige Sprechstunde im Büro der Eisenbahnstraße 30.

1. Welche Bemühungen gibt es seitens der Stadtverwaltung, die gekündigten Schlecker-Mitarbeiterinnen in Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur Eberswalde bei der schnellen Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen? Welche konkreten Maßnahmen wurden bereits in die Wege geleitet oder sind geplant?

2. Gibt es seitens der Stadtverwaltung Kontakte mit anderen durch die Schließung von Schlecker-Filialen betroffenen Kommunen in der Region oder mit dem Landkreis Barnim, um gemeinsam nach Lösungen für die betroffe-

nen Schleckerfrauen zu suchen? Wäre es seitens der Stadtverwaltung beispielsweise denkbar, ähnlich wie es in Süddeutschland versucht wird, in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen und dem Landkreis eine genossenschaftliche Lösung zur Weiterführung der regionalen Drogeriemärkte aktiv zu unterstützen?

3. Was wird die Stadtverwaltung unternehmen, um einen Leerstand an den bisherigen Verkaufsstandorten in Eberswalde zu vermeiden und möglichst Nachnutzer mit ähnlichem Sortiment zu gewinnen?

CARSTEN ZINN

Beteiligungsrechte wahrnehmen!

Bürgerinformation zum Planfeststellungsverfahren für die 380-kV-Freileitung

Bereits im Herbst 2010 lagen die Freileitungspläne aus. Sie provozierten eine Vielzahl von begründeten Einwendungen, die 50 Hertz Transmission veranlaßten, umfangreiche Umplanungen vorzunehmen (BBP 6/2012, »Neuplanung mit altem Konzept«). Durch die Neutrassierung ist eine Neuauflage des Beteiligungsverfahrens notwendig.

Die Auslegungs- und Einwendungsfrist begann am 4.6.2012 und endet am 16.7.2012. Die umfangreichen Planungsunterlagen liegen während der Bürozeiten in der Stadtverwaltung aus. Es ist offenkundig, daß nur sehr wenige Bürger überhaupt die Möglichkeit haben, ihre Beteiligungsrechte wahrzunehmen. Deshalb bietet die Bürgerinitiative eine Argumentations- und Formulierungshilfe an.

Mitglieder der Bürgerinitiative wurde bereits vor Beginn der Auslegungsfrist der Zugang zu den Planungsunterlagen ermöglicht, so daß die für die Einwohner kritischen Punkte identifiziert werden konnten. Die Bürgerinitiative appelliert an alle Einwohner, ihre Beteiligungsrechte wahrzunehmen und ihre Einwendungen vorzubringen. Die Einwendungen sind an das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe, 03046 Cottbus, Inselstr. 26 zu adressieren. Folgende Punkte können vorgebracht werden:

Fehlerhaft durchgeführtes Raumordnungsverfahren. Im Raumordnungsverfahren wurden keine alternativen Trassierungen geprüft, denn alle untersuchten Trassenvarianten sahen die Querung des Eberswalder Stadtgebiets, des Naturparks Barnim und des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin vor.

Kein konkreter Nachweis der Erforderlichkeit der beantragten 380-kV-Freileitung mit einer Übertragungskapazität von 3600MVA, dem 4,5 fachen der bestehenden 220-kV-Freileitung. Der aktualisierte Erläuterungsbericht leistet auf den S. 9-42 nur eine allgemeine Begründung des Netzausbaus für die Einspeisung von Erneuerbaren Energien, für die Erreichung der Klimaziele der Bundesregierung, für die Herstellung des europäischen Strommarktes, bleibt aber den konkreten Nachweis der Notwendigkeit dieser Leitung mit der 4,5 fachen Kapazität der bestehenden 220-kV-Freileitung schuldig. Die Leitung ist überdimensioniert und damit weder notwendig, noch wirtschaftlich vertretbar.

Technische Alternativen. Als technische Alternativen zur nicht hinnehmbaren Freileitung bieten sich im Raum Eberswalde die Erdverkabelung und auf anderen Teilen der Leitung der Einsatz von Hochtemperaturseilen an, durch die eine Kapazitätsausweitung um 100 % zum Bruchteil der Kosten des Neubaus der Leitung möglich würde. Um die Kosten für die Erdverkabelung gering zu halten, sollte die Bündelung mit der planfestgestellten Ferngasleitung 304 geprüft werden. Bei einer Astimmung der Erdarbeiten ergeben sich Kostenersparnisse.

Die Erdverkabelung ist die stadtverträglichste Lösung. Durch die Ausführung der Leitung als Erdkabel würde das Ortsbild nicht beeinträchtigt, die Belastung der unmittelbaren Wohnbe-

bauung mit magnetsichen Wechselfeldern entfallen, die Geräuschbelastigung der Anwohner bei feuchten Wetterlagen durch Koronaentladungen entfallen und der Immobilienbestand wirtschaftlich geschont.

Entwertung des Immobilien- und Grundeigentums. Wenn Sie Grundstückseigentümer in unmittelbarer Nähe der Trasse sind, müssen Sie mit einer erheblichen Entwertung Ihres Immobilienbesitzes rechnen, die nicht durch den Verursacher entschädigt wird.

Visuelle Beeinträchtigung durch technische Überwältigung. Wenn Sie Anwohner der Trasse sind (z.B. Kopernikusring, Ringstr., Zum Schwärzensee) sollten Sie die Beeinträchtigung Ihres Wohlbefindens durch die visuelle Überwältigung durch die technische Überformung des Ortsbildes geltend machen. Sie werden die ca. 50 m hohen Zwei-Ebenenmasten tagtäglich vor Augen haben. Gerade am Kopernikusring, Ring Str. und Zum Schwärzensee ist der Abstand zur Freileitung teilweise nur 90 m. Eine Untersuchung von Prof. Peters hat ergeben, daß Freileitungsmasten, die weniger als 700 m entfernt stehen, die Wahrnehmung des Landschaftsbildes stark beeinträchtigen.

Gesundheitliche Risiken. Den Planungsunterlagen ist ein technisches Gutachten beigelegt, das belegt, daß die magnetische Flußdichte, der einzelne Gebäudeteile an der Trasse ausgesetzt sind, zwischen 0,37 und 0,88 Mikrottesla betragen. Diese Werte liegen zwar erheblich unter den Grenzwerten der 26. Bundesimmissionschutzverordnung (100 Mikrottesla), aber diese magnetische Feldstärke ist gesundheitlich nicht unbedenklich, denn epidemiologische Studien belegen, daß bei einer magnetischen Flußdichte ab 0,3 Mikrottesla das Risiko für Kinder an Leukämie zu erkranken deutlich steigt. Dr. Oberfeld, der im Auftrag der Stadt Eberswalde und anderer Kommunen und des Vereins »Wir in der Biosphäre« e.V. ein umweltmedizinisches Gutachten zur geplanten 380-kV-Freileitung vorgelegt hat, kritisiert den Grenzwert der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung als wissenschaftlich überholt und unhaltbar. Elektrische und magnetische Felder von Freileitungen bergen noch andere gesundheitliche Risiken: Konzentrationsstörungen, Alzheimer und Demenz bei älteren Menschen können ausgelöst oder verstärkt werden. (Vgl. BUND, Hintergrund: Schutz vor niederfrequenten magnetischen Wechselfeldern bei Hochspannungsfreileitungen und Erdkabel).

Nicht über unsere Köpfe! Keine Freileitung durch Schutz- und Wohngebiete!

HARTMUT LINDNER, BI Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!

380 kV-Freileitung:

Ein Korb für 50 Hertz

Eberswalde (bbp). »Die Stadt Eberswalde stimmt weiterhin der beabsichtigten Errichtung einer 380 kV-Freileitung (Uckermarkleitung) durch das Stadtgebiet von Eberswalde nicht zu«. So steht es in der Stellungnahme der Stadt zum aktuellen Planfeststellungsverfahren, über welche die Stadtverordneten am 28. Juni entscheiden werden. Als Gründe werden genannt, daß die Planrechtfertigung nicht nachgewiesen wurde und »beträchtliche Gefährdungen des Schutzgutes Mensch durch elektromagnetische Immissionen ... aufgrund unterschrittener Mindestabstände nicht auszuschließen« seien. Zudem sind unverhältnismäßige Beeinträchtigungen des Stadt- und Landschaftsbildes zu erwarten, wird die weitere Entwicklung der tangierten bzw. überspannten Gewerbe- und Industriestandorte gehemmt und es wurde nicht hinreichend begründet, wieso die Beeinträchtigung von sensiblen Schutzgebieten notwendig sei.

»Sofern die Vorhabenträgerin zweifelsfrei und nachvollziehbar die Notwendigkeit der Uckermarkleitung nachweisen kann, fordert die Stadt Eberswalde zum Schutz der Bevölkerung und zur Minimierung der Eingriffe in das Stadtbild und die wirtschaftliche Entwicklung des Regionalen Entwicklungskerns Eberswalde die Realisierung des Vorhabens als Erdkabeltrasse im Trassenkorridor der bestehenden 220 kV-Leitung.«

Korrekturleser gesucht

Die »Barnimer Bürgerpost« strotzt für gewöhnlich vor Druckfehlern. Zumeist gehen diese auf den allzu fahrlässigen Umgang des Redakteurs mit der deutschen Rechtschreibung zurück. Das ist besonders schmerzlich für einstige Deutschlehrer, deren Texte auf diese Weise verhunzt werden und die sich dann, obwohl völlig schuldlos, vor ihren ehemaligen Schülern für die vielen bösen Fehler schämen.

Nun hilft oftmals durchaus die moderne Technik. Wozu gibt es Rechtschreibprogramme. Auch der Redakteur verfügt über sowas und setzt es sogar ein, ist aber oft verlassen, wenn er sich darauf verläßt. Seit einiger Zeit wird zudem jede BBP-Ausgabe vor der Drucklegung auf Fehler gegengelesen. Das macht keine Deutsch-Rechtschreib-Fachkraft, doch der Korrektor tut sein bestes, was besser als nichts, aber leider nicht genug ist. Ein zweiter oder dritter Korrekturleser (oder -leserin) wäre durchaus hilfreich.

Wer also noch der alten deutschen Rechtschreibung mächtig ist (die neue wird in der BBP gnadenlos wegzensiert), über schnelles Internet verfügt und an einem Sonntag pro Monat etwas Zeit am Computer verbringt oder verbringen will, der oder die melde sich bitte bei der BBP-Redaktion (redaktion@barnimerbuergerpost.de).

GERD MARKMANN, Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

UNFASS:BAR

Das Unfaßbare ist eingetreten. Landrat Bodo Ihrke hat unter dubiosen Bedingungen einen Beschluß zum Erwerb des HOKAWÉ zum Nachteil des Landkreises und seiner Bürger durch den Kreistag gebracht.

Dubios, weil falsche Tatsachen vorgespiegelt bzw. behauptet wurden, weil Beschlüsse in Hinterzimmerrunden außerhalb des Geltungsbereiches der Kommunalverfassung vorbereitet wurden, weil trotz Ladungsmängeln Beschlüsse gefaßt wurden, weil unter Verletzung von Vorschriften ein kommunales Unternehmen gegründet wurde.

Landrat Bodo Ihrke hat trotz offensichtlicher Rechtsmängel und trotz ausdrücklicher Hinweise nicht von seinem Recht und seiner Pflicht zur Beanstandung gemäß § 55 der Kommunalverfassung Gebrauch gemacht, und den Beschluß nicht beanstandet.

Statt dessen hat Landrat Bodo Ihrke den infrage zu stellenden Beschluß in aller Stille am 3. Mai in Verträge gegossen und unumkehrbar gemacht. Dies geschah unter bewußter Mißachtung der ausstehenden rechtlichen Prüfung der Rechtmäßigkeit der Gründung des Barnimer Energieunternehmens durch das Innenministerium. Dahinter stand seine Absicht, durch den raschen Vertragsabschluß vollendete Tatsachen zu schaffen, damit der Beschluß nicht in einer erneuten KT-Debatte (über die eigentlich erforderliche Beanstandung) zu Fall gebracht werden kann.

Dieses frevelhafte Tun fand sein plötzliches Ende, weil das Land Brandenburg eine der Vertragsbedingungen, nämlich die Übertragung des Holzvertrages auf den Landkreis, nicht erfüllte. Dieser im seinem Konzept nicht vorgesehene Fall zwang den Landrat zum Rücktritt vom Vertrag.

Das ist für den Landkreis WUNDER:BAR, denn es erspart uns das wirtschaftliche Desaster der Neuerwerbung.

Mit der Vorgehensweise im Zusammenhang mit dem HOKAWÉ-Projekt hat Landrat Bodo Ihrke die Kreistagsabgeordneten brüskiert und sein mangelhaftes Demokratieverständnis demonstriert.

Dieser Landrat ist UNTRAG:BAR.

ALBRECHT TRILLER,

Bündnis für ein demokratisches Eberswalde

Dritter soll Betreiber werden

Eberswalde (bbp). Auch nach dem Rücktritt des Landkreises vom Kauf des HOKAWÉ hält der Insolvenzverwalter daran fest, das Holzkraftwerk weiterzubetreiben. Dies teilte der Stadtverordnete Volker Passoke (DIE LINKE) auf der Stadtverordnetenversammlung am 31. Mai unter Bezugnahme auf ein Gespräch mit dem Insolvenzverwalter mit. Dieser habe in Aussicht gestellt, daß das HOKAWÉ durch einen Dritten übernommen wird. Passoke regte an, daß Bürgermeister Friedhelm Boginski sich mit dem Insolvenzverwalter in Verbindung setzt.

Guter Tag für Brandenburger Forstwirtschaft

Gregor Beyer (FDP) begrüßt Scheitern des Erwerbs des HOKAWÉ in Eberswalde

»Das ist eine gute Entscheidung für die Forstwirtschaft in Brandenburg«, sagte der Eberswalder Landtagsabgeordnete Gregor Beyer nach Bekanntwerden des Scheiterns des HOKAWÉ-Erwerbs durch den Landkreis Barnim. Schon vor einem halben Jahr hatte die Landesregierung auf eine kleine Anfrage (Drucksache 5/4499) zur Notwendigkeit des Ausgleichs von Energieholzlieferung mit höherwertigem Wertholzsortimenten deutlich erklärt, daß »das verfügbare Aufkommen an Energieholz nach den Maßstäben des Vertrags nichts ausreicht.« Auch die Arbeitsgemeinschaft der Rohholzverbraucher erklärte jüngst, daß das Potential in deut-

schen Wäldern bereits zu 90 Prozent ausgeschöpft sei.

»Somit ist die Entscheidung des Ministeriums völlig richtig und war für jedermann absehbar. Es ist gut«, so Beyer weiter, »daß sich auch im politischen Raum die Einschätzung von Fachleuten gegen beratungsresistente Wolkenkuckucksheime durchsetzen kann. Ich danke dem zuständigen Ministerium für die offensichtlich nüchterne forstfachliche Einschätzung. Das ist eine gute Entwicklung für den Holzmarkt in Brandenburg und läßt auf eine effiziente Forstwirtschaft in unserem Land hoffen.«

IVONNE BERNDT

»Ihrke hat noch nicht aufgegeben«

Eberswalde (bbp). Der HOKAWÉ-Kauf durch den Landkreis ist geplatzt. Der zugrundeliegende Kreistagsbeschluß jedoch gilt weiter. Der Kreistagsabgeordnete des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde Albrecht Triller fragte daher auf der Kreisausschußsitzung am 14. Juni, wie nun weiter mit dem Beschluß umgegangen werde. Triller hatte den Landrat mehrfach aufgefordert, den Beschluß zu beanstanden. Zuletzt, ohne eine Antwort zu erhalten. Jetzt fragte er, ob Ihrke »nunmehr zur Aufhebung und Rückabwicklung des gesamten Beschlusses wirksam werden« wolle.

Erst auf Nachfrage ließ sich der Landrat die Erklärung entlocken, daß das Wirken der Barnimer Energiegesellschaft (BEG) »natürlich durch den Kreistag neu bewertet werden« müsse. Aber dazu müßten erst entsprechende Entscheidungsunterlagen erarbeitet werden. Zur Frage, wie weiter mit dem Kreistagsbeschluß umgegangen werde, verwies Ihrke auf den Aufsichtsrat der BEG. Dieser solle weiter wirken und die Frage klären, wie es weitergehen soll. Bisher hat der Aufsichtsrat aber noch gar nicht getagt. Die Beratung müsse vorbereitet werden, so Ihrke, und das brauche Zeit.

Dr. Günther Spangenberg stellte in der Debatte über die Tagesordnung der Kreisausschußsitzung den Antrag, einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt aufzunehmen mit der Bezeichnung: »Schlußfolgerungen aus dem Rücktritt

vom Kauf des HOKAWÉ«. Er begründete den Antrag damit, daß der Kreistagsbeschluß trotz Rücktritt vom Verkauf weiterbesteht und mehr als nur den Kauf umfaßt. Ferner verwies er auf die Erwartungen von Frau Bierwirth zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, eine Aufgabe, die der Kreisausschuß an sich ziehen könne. Da der nächste Kreistag erst im September stattfindet, müßte schon heute über Schlußfolgerungen diskutiert werden.

Eine Mehrheit von fünf Kreistagsabgeordneten (Dr. Gerd Adler und Bodo Ihrke von der SPD, Danko Jur und Hans-Joachim Blumenkamp von der CDU sowie der FDP-Vertreter im Kreisausschuß Immo Römer) war anderer Auffassung. Für die Erweiterung der Tagesordnung votierten vier Kreistagsabgeordnete (Ulrike Glanz und Klaus Springer von der LINKEN, Oda Formacin von der Fraktion BFB/BVB und Dr. Günther Spangenberg von BVB/Freie Wähler).

Der Kreistagsabgeordnete Albrecht Triller kommentierte das so: »Es ist Gefahr im Verzuge. Ihrke hat noch nicht aufgegeben. Der Landrat möchte noch viel Zeit haben, um seiner mit dem HOKAWÉ-Erwerb ins Auge gefaßten Zielstellung möglichst nahe zu kommen.« Der Zeitschinderei des Landrates kann jetzt nur noch mit einem Sonderkreistag, auf dem die Aufhebung des Kaufbeschlusses auf der Tagesordnung steht, entgegengewirkt werden.

HOKAWÉ-Kauf weiter in der Prüfung

Potsdam/Eberswalde (bbp). Auch nach dem Rücktritt des Landkreises Barnim vom beabsichtigten Erwerb des HOKAWÉ Eberswalde prüft die Kommunalaufsichtsbehörde des Landes das Vorhaben einschließlich der Umfirmierung der Gesellschaft für Abfallwirtschaft Barnim mbH (GAB) in die Barnimer Energiegesellschaft mbH (BEG) und die damit verbundene Erweiterung bzw. Änderung des Gesellschaftsgegenstandes.

»Aufgrund der aktuellen Ereignisse«, verlautete jetzt aus dem Innenministerium, »wird die

Überprüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen noch einige Zeit in Anspruch nehmen, zumal derzeit noch nicht erkennbar ist, ob der Landkreis die BEG in der derzeitigen Form überhaupt weiterführen wird oder ob aufgrund des Scheiterns der Kaufbemühungen für das HOKAWÉ eine Liquidation der Gesellschaft erfolgt.«

Das Innenministerium werde zu gegebener Zeit eine Entscheidung treffen und diese dann dem Landrat mitteilen. Eine Zwischeninformation der Kreistagsabgeordneten durch das Ministerium ist nicht vorgesehen.

Ausweichende Antworten

Bürgermeister Boginski und der geplante, doch geplatze, HOKAWE-Kauf

Eberswalde (bbp). In der Stadtverordnetenversammlung am 26. April stellte Albrecht Triller von der Fraktion der Fraktionslosen mehrere »Unangenehme Fragen« an den Eberswalder Friedhelm Boginski (BBP 5/2012). Der hatte sich zuvor in der Presse sehr positiv zum Kauf des HOKAWE durch den Landkreis geäußert. Das deutete Triller als Vorwegnahme von Diskussionen, die in den städtischen Gremien erst noch zu führen wären. Hier die Antwort des Bürgermeisters:

»Im Hinblick auf Ihre Fragen in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26.04.2012 zu einem in der Märkischen Oderzeitung am 18.04.2012 erschienenen Beitrag, in dem u. a. Äußerungen meinerseits zu einem möglichen Kauf des insolventen HOKAWE durch eine Gesellschaft des Landkreises Barnim veröffentlicht wurden, darf ich Sie zunächst darüber informieren, daß ich, wie zu diesem Zeitpunkt viele weitere Persönlichkeiten, zu der besagten Thematik durch die Presse befragt wurde und auch antwortete.

Ich habe mich, so wie es in dem Artikel dargestellt worden ist, für den Erhalt der HOKAWE-Arbeitsplätze ausgesprochen und die hierauf ausgerichteten Planungen des Landkreises Barnim begrüßt. Darüber hinaus vertrat ich hinsichtlich der durch den Landkreis Barnim in Aussicht gestellten Reduzierung des Fernwärmepreises um 10 Prozent meine Auffassung, daß diese, soweit sie erreicht werden kann, für viele Eberswalderinnen und Eberswalder und zahlreiche Unternehmen eine spürbare Entlastung zur Folge hätte. Diese Aussagen entsprachen zum Zeitpunkt der Äußerungen meinen Ansichten und sie entsprechen diesen auch heute. Sie stehen in keinerlei Widerspruch zu Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung oder des Hauptausschusses.

Dies gilt gleichermaßen für alle weiteren von mir in dem Artikel veröffentlichten Zitate, aus denen ich ebenso nicht zu erkennen vermag, warum die Klausurberatung des Ausschusses für Energiewirtschaft oder die Analysen der WHG zu Fragen der Wärmeversorgung nicht mehr sinnvoll sein sollen. Vielmehr wird in den Gremien der WHG und im Ausschuß für Energiewirtschaft das Thema Wärmeversorgung richtigerweise auch in Zukunft Gegenstand der Beratungen sein.«

Erwartungsgemäß stellte diese Antwort den Frager nicht zufrieden. Albrecht Triller gab seine Antwort auf der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 31. Mai, einen Tag nach dem überraschenden Rücktritt vom HOKAWE-Kauf durch den Landkreis, der insoweit bei der Reaktion weitgehend unberücksichtigt blieb, zu Protokoll.

Auf einen Teil der Fragen sei der Bürgermeister gar nicht eingegangen oder er habe nur ausweichend geantwortet. Triller verweist darauf, daß Boginski eben nicht »irgendeine weitere Persönlichkeit« sondern der Bürgermeister von Eberswalde sei. Damit gehe seine Äußerung in der Presse über eine persönliche Meinungsäußerung weit hinaus. Sie werde als »Stellungnahme der Amtsperson Bürgermeister« wahrgenommen. Der Stadtverordnete verweist zudem auf die Erklärung von Landrat Bodo Ihrke, wonach das Vorhaben der Stadt Eberswalde vorgestellt worden sei. »Die Stadt Eberswalde hat uns gegenüber erklärt, daß sie unser Vorhaben begrüßt«, resümierte Ihrke. Dafür und für die weiteren zitierten Äußerungen Boginskis gebe es jedoch keinerlei Rückendeckung durch den politischen Raum.

Triller erinnert auch daran, daß die Äußerung unmittelbar vor der entscheidenden Kreistagssitzung bewiese, daß Boginski die politische Entscheidung noch im letzten Moment beeinflussen wollte, was insoweit gelungen sei, als von vier FDP-Abgeordneten, die gegen die Vorlage stimmen wollten, nur einer an der Sitzung teilnahm.

Der Abgeordnete der Fraktionslosen wertet die Äußerungen Boginskis als eine Überschreitung der durch die Kommunalverfassung im §

54 vorgegebenen Kompetenzen, den von einem »Geschäft der laufenden Verwaltung« könne hier nicht ausgegangen werden. Der geplante HOKAWE-Kauf durch den Landkreis hatte insbesondere wegen der damit zusammenhängenden Fernwärmeversorgung für Teile des Stadtgebietes erhebliche Auswirkungen auf die laufende Debatte um die Energieversorgung in Eberswalde. Den Diskussionen über die Ersetzung der Fernwärme durch Nahwärme war ebenso der Boden entzogen wie der erwogenen Wiedergründung der Stadtwerke in kommunaler Hand. Profiteur wäre im wesentlichen der Fernwärmeversorger EWE, einst einer der Käufer der Stadtwerke.

»Sie, werter Herr Boginski, dürfen sich die Frage stellen, welchen Anteil Sie am rechtswidrigen Verkauf der Stadtwerkeanteile hatten und ob Sie nun das Zünglein an der Waage für den HOKAWE-Kauf waren, wodurch möglicherweise das vorschnelle Ende der erwogenen Wiedergründung der Stadtwerke bewirkt wurde.«

Albrecht Triller zieht aus der Antwort des Bürgermeisters folgendes Fazit:

»Mit Ihrer öffentlichen Stellungnahme zum HOKAWE-Erwerb haben Sie Ihre Kompetenzen als Bürgermeister überschritten.

Sie haben eine politische Entscheidung des Kreistages zum Nachteil der Stadt beeinflusst und damit die Chancen der Rekommunalisierung eingeschränkt.

Sie haben politischen Debatten der Stadtverordneten um Fragen der Energiepolitik teilweise den Boden entzogen.

Sie verletzen Ihre Pflicht als Gesellschafter der WHG zur Wahrnehmung der Interessen der Mieter der WHG bei der Senkung der Energiekosten.«

Keine Landkreis-Aufgabe

Eberswalde/Werneuchen (bbp). Die HOKAWE-Pleite wurde inzwischen auch zu einer offensichtlichen Pleite für den Barnimer Landrat. Die Aufarbeitung dieser Pleite wird sicher noch eine Weile andauern.

BBP-Leser Philipp Schöning machte im BBP-Forum auf zwei interessante Punkte eines Stadtverordnetenbeschlusses in Werneuchen aufmerksam:

»1. Der Landkreis sollte nicht die Aufgaben der Stadt Eberswalde übernehmen. Wenn überhaupt Kommunalisierung, so wäre es originäre Aufgabe der Stadt, sich um die energetische Versorgung ihrer Bewohner der Stadt zu kümmern. Der Landkreis könnte zur Stärkung dieser kommunalen Aufgabe Kunde bei den neu zu errichtenden Stadtwerken werden.

2. Die Aufgabe des Landkreises besteht darin, die soziale Gemeinschaft zu stärken. So lange der Landkreis im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch im Bildungsbereich noch erhebliche Aufgaben zu bewältigen hat, die die Kommunen nicht übernehmen können, solange sollte sich der Landkreis auf seine Kernaufgaben konzentrieren.«

Indes hatte der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski am 19. April dem Landrat geschrieben: »Im Hinblick auf den durch den Landkreis Barnim beabsichtigten Erwerb des Holzkraftwerkes Eberswalde (HOKAWE) und auf das hiermit verbundene kommunalaufsichtsbehördliche Verfahren bestätige ich Ihnen, daß die Stadt Eberswalde kein Angebot für einen Kauf des HOKAWE abgegeben hat und hierfür unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Stadt Eberswalde auch keine Planungen bestehen.«

»Ganz persönlich« bedankte sich Boginski in dem amtlichen Schreiben für »den Einsatz des Landkreises Barnim zur Sicherung des HOKAWE und der hiermit verbundenen Arbeitsplätze«.

Chance für Eberswalde

Der Rücktritt des Landkreises vom Kauf des insolventen HOKAWE eröffnet für Eberswalde wieder die Chance, die Überlegungen zur Rekommunalisierung der Energiewirtschaft weiterzuführen und dabei die günstigste Lösung für die Wärmeversorgung zu suchen und zu realisieren.

Besondere Erwartungen haben wir an den Aufsichtsrat der WHG und an den Bürgermeister der Stadt als Gesellschafter der WHG. Beide haben die Verantwortung dafür, daß die WHG als städtische Gesellschaft im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt handelt. In Bezug auf notwendige Investitionen der WHG bedeutet das, sich den originären Aufgaben der WHG, wie beispielsweise der optimalen und preisgünstigsten Wärmeversorgung für die Mieterinnen und Mieter zuzuwenden, statt sich für Prestigeobjekte der Stadt, wie die Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße Süd zu engagieren.

Juso-Vorstandswahlen

Am 3. Juni haben in Bernau die Barnimer Jusos ihren Vorstand neu gewählt. Als Vorsitzender wurde der Finowfurter Martin Ehlers durch die Mitglieder bestätigt. Der Finowfurter hat das Amt bereits seit 8 Jahren inne. Als Stellvertreter wurden die beiden Bernauer Lars Stepniak, Rica Eller sowie Florian Görner aus Tuchen-Klobbicke bestimmt. Beisitzer sind Carolyn Braun, Sascha Glück, Eric Potzelt, Tobias Thimm, Maxi-Stefanie Wesolowski und Jörg Zaumseil.

Der Vorstand wurde vergrößert, da sich die Mitgliederzahl Barnimer Jusos in den letzten zwei Jahren sehr gut entwickelt hat. Wir waren mit verschiedenen öffentlichen Aktionen sichtbar und haben die Partei und Öffentlichkeit u.a. in Fragen der Asylpolitik, der Schülerbeförderung und zuletzt in Sachen Amadeu-Antonio-Straße kritisch begleitet.

Die Jusos haben sich nicht nur mit Personalien beschäftigt, sondern auch aktuelle politische Themen diskutiert. Unter anderem wurde auch über den geplatzten Kauf des HOKAWÉ gesprochen. Die Jusos Barnim bedauern die unzuverlässige Haltung des Landes gegenüber dem Landkreis. »Für uns ist es nachvollziehbar, daß Landrat Ihrke deshalb vom Kaufvertrag zurück trat. Nach wie vor gehe ich aber davon aus, daß das Projekt ein toller Erfolg geworden wäre«, so der Vorsitzende Ehlers.

FLORIAN GÖRNER

Barnimer Umweltpreis 2012

Anlässlich des am 5. Juni weltweit begangenen Tages der Umwelt schreiben Bündnis 90/Die Grünen erneut den Barnimer Umweltpreis aus. Der Preis wird inzwischen zum 17. Mal verliehen. Auch in diesem Jahr ist er mit einem Preisgeld in Höhe von 750,- Euro verbunden. Das Geld stammt aus Spenden bündnisgrüner Vertreter in Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen. Ausgezeichnet wird besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz von Natur, Umwelt und Klima sowie in der Umweltbildung. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen und Vereine aus dem Landkreis Barnim. Projekte mit Kindern und Jugendlichen sind besonders willkommen. Auch begründete Preisvorschläge sind möglich. Die Umweltprojekte oder -initiativen sollten im Landkreis Barnim angesiedelt sein und möglichst anschaulich dargestellt werden. Vorschläge können bis zum 3. Juli im Büro von Bündnis 90/Grüne, Friedrich-Ebert-Str. 2 in 16225 Eberswalde, eingereicht werden. Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury aus Vertretern regionaler Umweltverbände, der Naturschutzverwaltung und der Bündnisgrünen.

Im Jahr 2011 wurden der Eberswalder Ornithologe Heinz Wawrzyniak, der Verein Lokale Agenda 21 Eberswalde und das Projekt »Kleine Naturdetektive« aus Bernau mit dem Umweltpreis ausgezeichnet.

STEFAN BÖHMER

»Das kann keiner besser als wir«

Nun haben also schon alle Medien über den Göttinger Parteitag der LINKEN berichtet und sicher wird sich auch Jede und Jeder ein eigenes Bild aus den zahlreichen Wortmeldungen in Funk und Fernsehen, in Zeitung und auch im Internet gemacht haben.

Aber natürlich wollen auch wir uns zu Wort melden und mit der richtig guten Nachricht beginnen. Die LINKE hat ihre Personalentscheidungen getroffen und wird sich nun wieder den tatsächlichen Aufgaben in der Gesellschaft widmen.

Denn es bleibt dabei, wir LINKEN haben eine Vision: **Das ist die soziale, solidarische, demokratische, ökologische also letztlich sozialistische Gesellschaft.** Es gibt keinen Zweifel, der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte und wir erleben die Zuspitzung der Verhältnisse auf nationaler und auch internationaler Ebene.

In diesen Auseinandersetzungen und Kämpfen braucht es eine starke Linke in Europa, um diesen Kontinent nicht den Banken und Wirtschaftsmonopolen zu überlassen. Und es braucht eine starke deutsche LINKE.

Niemand hat wohl ernsthaft erwartet, daß der Göttinger Parteitag alle Probleme der LINKEN hätte lösen können. Diese Auseinandersetzungen müssen nun in den Gremien und Ebenen der Partei geklärt werden, wo sie hingehören. Trotz all dieser Personaldiskussionen wurde deutlich, daß die Forderungen aller Reden, sich überhaupt nicht von denen der Delegierten unterscheiden: Wir wollen die LINKE als konsequente, reformorientierte, sozialistische Gestaltungspartei und kampagnenorientierte Protestpartei.

Im Barnim leben wir dies seit Jahren. Als stärkste Fraktionen im Kreistag, in den Stadtverordnetenversammlungen in Bernau, Eberswalde, Biesenthal, Wandlitz und Werneuchen

Vorbildliche Finanzen

Eberswalde (bbp). Die Stadtverwaltung Eberswalde mußte kürzlich zwei Prüfungen ihres Finanzgebarens über sich ergehen lassen. Das Finanzamt Angermünde führte eine Lohnsteuerußenprüfung durch. Insgesamt müssen für die etwa 72 Millionen Euro Personalkosten, die für die Jahre 2009 bis 2011 geprüft wurden, nur 360 Euro Steuern nachgezahlt werden. »Also ein marginaler Betrag«, wie Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff bemerkte. Eine weitere Prüfung des Bundesverwaltungsamtes betraf den Kommunal-Kombi-Bereich im Amt für Beschäftigungsförderung und Freiwilligendienst. Dabei wurde eine Summe von 378.000 Euro geprüft und eine Rückzahlung von 83 Euro beschlossen. »Die sehr gute Arbeit der Stadtverwaltung Eberswalde«, so Gatzlaff, wurde »nicht nur vom kreislichen Rechnungsprüfungsamt, sondern nunmehr auch vom Finanzamt Angermünde und vom Bundesverwaltungsamt in Köln bestätigt«.

haben wir einen klaren eigenen Gestaltungsanspruch für das Leben in unseren Gemeinden und im Landkreis. Diese Verantwortung nehmen wir auch ernst und wir gehen auf die Straße, um deutlich zu machen, was mit den Barnimer LINKEN nicht zu machen ist. Unser Kreisvorsitzender nannte dies in seinem Diskussionsbeitrag: »Das Spannungsfeld zwischen Radikalität im Denken, Realismus im Handeln«.

Katja Kipping, jetzige Bundesvorsitzende, sagte in ihrer Bewerbungsrede: »... diese Gesellschaft braucht eine gemeinsam handelnde LINKE, weil es so viele Menschen im Land gibt, die keine Lobby haben. Die ungleiche Verteilung von Vermögen ist auch eine zutiefst demokratische Frage. Ich will das mal an einem Beispiel verdeutlichen: Die Energiekonzerne können locker flächendeckend ganzseitige Anzeigen für ihre Propaganda schalten, während es im Gegenzug sehr viele Menschen im Lande gibt, die sich nicht einmal eine Kleinanzeige für eine Mitfahrgelegenheit leisten können, um zur Anti-Atom-Demo fahren zu können. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, der Macht der Millionäre, der Macht der Konzerne setzen wir etwas dagegen: die Macht der Menschen, die keine Lobby haben, der vielen, die so oft zerstritten sind und die doch in einem Boot sitzen.«

Der neue Vorsitzende, Bernd Riexinger, bekannte in seiner Rede: »Wir können DIE LINKE dauerhaft in der Gesellschaft verankern, wenn wir auch in den Kommunen wirken und die Erfahrungen unserer Kommunalpolitiker nutzen. Da sind wir sicher im Osten weiter als im Westen. Erfolg haben wird DIE LINKE, wenn sie außerparlamentarischen Widerstand und parlamentarische Arbeit zusammen denkt und miteinander verzahnt. Das ist unsere politische Stärke. Das kann keine Partei besser als wir, nicht die müden Grünen und nicht die lavierenden Piraten.«

Dem ist nichts hinzuzufügen.

MARGITTA MÄCHTIG

Antirassismuskonzept

Eberswalde (bbp). Anstelle der Umbenennung eines Teils der Eberswalder Straße in Amadeu-Antonio-Straße beauftragten die Eberswalder Stadtverordneten im April die Stadtverwaltung mit der Erarbeitung eines Antirassismuskonzeptes für die Stadt. Nachdem die Delegation der Aufgabe an den Kulturbeirat mißlungen war (BBP 6/2012), legte nun die Verwaltung zunächst einen Entwurf für die Präambel des Antirassismuskonzeptes vor. Wenige Tage später folgte die »Barnimer Kampagne Light me Amadeu« mit einem eigenen Entwurf, der sich nicht zuletzt durch eine klarere Sprache auszeichnet. Beide Entwürfe und aktuelle Informationen zum Stand der Diskussion sind auf der Internetseite www.toleranteseberswalde.de nachlesbar. Am 19. Juni steht im Familiengarten die »Diskussion zu den Leitzielen des Antirassismuskonzeptes« auf der Tagesordnung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration.

Blues und Rock'n'Roll zur Gartenparty



Eberswalde (bbp). Sahnehäubchen und krönender Abschluß der Gartenparty am 8. Juni, mit der die Eberswalder Wohnungsbaugenossenschaft (WBG) das sanierte und barrierefrei umgebaute Vereinshaus in der Havellandstraße (ehem. Kita „Spatzennest“) offiziell einweihte, war der Auftritt der P&F Bluescomany, der legendären »Professoren-Band« der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Mehr als drei Stunden sie das Publikum mit alten und neuen Songs, schwelgten in alten und neuen Zeiten und animierten schließlich – in der begeistert eingeforderten Zugabe – doch noch zu einem feurigen Rock'n'Roll-Tänzchen.

Stadtumbau gemeinsam mit Mietern

Eberswalde (bbp). Der »Stadtumbau« in Eberswalde geht weiter, haben die Stadtverordneten im vergangenen Jahr beschlossen. Das Brandenburgische Viertel gilt dabei wie bisher vor allem als »Rückbaugbiet«. Daß Stadtumbau auch anders geht, ist seit langem ein Anliegen der Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow e.G. (WBG), wiewohl ökonomische Gegebenheiten im Zusammenhang mit den sogenannten »Altschulden« und der speziellen Ausgestaltung der Stadtrückbauprogramme des Bundes auch die WBG größtenteils zum bloßen Plattmachen leerstehender Plattenbauten zwang. So blieb das »Freizeitschiff« der WBG in der Prignitzer bisher das einzige Projekt, bei dem ein Teiltrückbau versucht wurde. Aufgrund der dort gewonnenen Erfahrungen ließ man die Finger von entsprechenden Planungen in Lehnitzseestraße und Brandenburger Allee. Nun ist ein neuer Anlauf geplant.

Mit den Bürgern »Zukunft Wohnen« gestalten – sich Zeit nehmen und ihnen zuhören. Mit diesem Ansatz im Hinterkopf befragte die Agora+ Projektentwicklungsgesellschaft mbH, ein Planungsbüro aus dem Angermünder Ortsteil Biesenbrow, vor einiger Zeit im Auftrag der WBG Mieterinnen und Mieter in der Lübbener und der Cottbuser Straße im Brandenburgischen Viertel. Ganz im Sinne des genos-

senschaftlichen Gedankens wollen Agora+ und WBG die Wohnungsnutzer nicht nur als Mieter betrachten, sondern als Teil in einem Entwicklungsprozeß.

In der Studie ermittelte das Planungsbüro die Wünsche und Vorstellungen der Mieter zum Umbau und stellte sich der Frage, wie sich die Meinungen der Bewohner und der Umbau vereinen lassen. Was bewegt sie und welche Ideen in Bezug auf ihren Lebensraum haben sie? »Gemeinsam mit den Mietern schaffen wir die Grundlage für eine individuelle Gestaltung des Quartiers«, schreibt Agora+ in der Projektbeschreibung. Gleichzeitig gehe es darum das Bewußtsein der Mieter zu stärken, Teil einer Gemeinschaft zu sein.

Nach ersten Schaubildern soll aus den kompakten 6-Etagen-Blöcken eine höhendifferenzierte Aneinanderreihung von drei bis sechsgeschossigen Häusern werden. Ein Teil der Wohnungen werden durch einen Fahrstuhl und außenliegende Laubengänge barrierefrei erschlossen. Zudem bieten sich Möglichkeiten für veränderte Wohnungszuschnitte mit modernen Balkonen, Loggien oder Dachterrassen.

Die Studie versteht sich dabei als Vorstufe zur Planung, die noch in diesem Jahr erfolgen soll. Die Umsetzung des Umbauprojektes ist für die Jahre 2013 bis 2015 geplant.

Sozialer Balance-Akt

Die WHG und ALG II-Empfänger

Eberswalde (bbp). In der Märzausgabe der »Barnimer Bürgerpost« berichteten wir über das unsoziale Agieren des Stromkonzerns E.on edis, die eigene Unzulänglichkeiten bei der Abrechnung und Einziehung der Energiekosten auf ihre Kunden abwälzten und nicht davor zurückschreckten, ihre Kunden »ein halbes Jahr im Dunkeln« sitzen zu lassen. E.on edis ist bis heute nicht von dieser Praxis abgewichen.

In jüngster Zeit traf der Vorwurf sozialer Kälte auch die städtische Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG). Dem Stadtverordneten Carsten Zinn waren Fälle bekanntgeworden, nach denen mit Schwerpunkt im Brandenburgischen Viertel ALG II-Empfänger, die Mietrückstände haben, seitens der WHG die Wohnung gekündigt worden sei. Auf der Stadtverordnetenversammlung am 31. Mai nutzte er die Fragestunde, um bei der Stadtverwaltung nachzufragen, ob dies häufiger vorkomme. Der Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff leitete die Frage bereits am nächsten Tag an die WHG-Geschäftsführung weiter.

Nach 14 Tagen kam die Antwort. Demnach nimmt die WHG »keine gezielten Kündigungen bei einzelnen Bevölkerungsgruppen oder Einkommensarten vor. Für ALG II-Empfänger trifft dies insbesondere zu, da der WHG oftmals nicht bekannt ist, daß der Mieter ALG II-Empfänger ist«. Davon erfahre die WHG nur, wenn der Mieter eine Mietabtretung der Unterkunftskosten zu Gunsten der WHG erteilt hat. Dazu ist der Mieter nicht verpflichtet. Dieser Personenkreis mit direkter Zahlung des Jobcenters an die WHG wird erklärlicherweise im Normalfall nicht zahlungsrückständig.

»Im Zeitraum Januar bis Mai 2012 wurden 26 fristlose Kündigungen von der WHG im Brandenburgischen Viertel ausgesprochen. Die Kündigungen resultierten ausschließlich aus erheblichen Zahlungsrückständen. In 14 Fällen kam es zur Zurücknahme bzw. Zurückstellung der Kündigungen, da Vereinbarungen zur Rückführung der Mietverbindlichkeiten getroffen werden konnten. Inwieweit es sich bei den vorstehenden Mietern um ALG II-Empfänger handelt, kann die WHG ... nicht ermitteln.«

»Wie Sie sehen«, ergänzte der Verwaltungsdezernent, »bemüht sich die WHG außerordentlich um Ihre MieterInnen. Das ist insbesondere dann möglich, wenn die MieterInnen die WHG bei Mietzahlungsproblemen rechtzeitig in Kenntnis setzen und gemeinsam mit der WHG an der Lösung arbeiten.« Gatzlaff habe die WHG deshalb ausdrücklich bestärkt, »den Balance-Akt zwischen Wirtschaftlichkeit und sozialer Verantwortung weiterhin ausgewogen zu halten«.

Barnimer Bürgerpost

abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42

Was Gauck verschweigt

Bundespräsident Gauck liebt bekanntlich große und schwungvolle Reden und besonders dann, wenn er sie selber hält! Dabei wiederholen sich oft Begriffe wie Freiheit, Ehrlichkeit und Wahrheit. Er tat dies auch bei seinem Staatsbesuch in Israel. Dort stellte er im Fernsehen sinngemäß die Behauptung auf, daß in der einstigen DDR Antisemitismus geduldet, jüdischer Einfluß ignoriert und Vorurteile gegen den Staat Israel vorhanden waren. Damit stellt er historische Wahrheiten auf den Kopf!

Leider schweigt er dazu, daß es in der BRD einen Staatssekretär Globke in Adenauers Bundeskanzleramt gab, der politische Schlüsselfunktionen innehatte, obwohl er unter Hitler Mitverfasser der Gesetze zur Diskriminierung und Vernichtung der Juden war. In der BRD arbeitete jahrelang verantwortlich für den Geheimdienst ein gewisser Herr Gehlen, der auch unter Hitler verantwortlich für den Geheimdienst war. Er übernahm zu seiner Unterstützung gleich 600 ehemalige Nazi-Agenten, die mit Sicherheit auch an der Judenverfolgung beteiligt waren. Völlig unbehelligt konnten in der BRD auch in anderen Ländern zum Tode verurteilte Kriegsverbrecher und Judenmörder sowie ehemalige Nazigrößen leben, die aktiv am Holocaust beteiligt waren. Warum schweigt Herr Gauck zu diesen traurigen Tatsachen der Nichtaufarbeitung von Verbrechen an den Juden in der BRD?

In der DDR hatten entgegen Gaucks Behauptungen antifaschistische Juden einen bedeutenden Einfluß auf das politische Geschehen sowohl in der Partei als auch in staatlichen Funktionen. So waren drei Juden einflußreiche Mitglieder im Politbüro der SED. Horst Sindermann war Präsident der Volkskammer und zeitweilig Ministerpräsident. Er saß sechs Jahre unter Folter im Zuchthaus Waldheim und anschließend bis Kriegsende im KZ Sachsenhausen. Hermann Axen war verantwortlich für die Außenpolitik, saß drei Jahre im Zuchthaus Zwickau und anschließend im KZ Auschwitz. Albert Norden verantwortlich für Agitation und Propaganda gelang die Flucht ins Exil, von wo aus er antifaschistische Arbeit leistete.

Auch in verantwortlichen staatlichen Funktionen waren in der DDR antifaschistische Juden tätig. Als Beispiel seien Alexander Abusch und Margarete Wittkowski genannt, die viele Jahre das Amt eines stellvertretenden Ministerpräsidenten innehatten. Rudi Singer war Chefredakteur des »Neuen Deutschland« und später verantwortlich für den Rundfunk. Diese Beispiele könnte man fortsetzen. Warum verschweigt Herr Gauck alle diese Tatsachen?

Die Aufklärung zu diesen Fragen sollte nicht nur im Interesse historischer Wahrheiten erfolgen. Diese Geschehnisse besonders der jungen Generation zu vermitteln ist eine politische Notwendigkeit der Gegenwart. Es wäre deshalb gut, wenn gerade der Bundespräsident durch eine wahrheitsgetreue Darstellung dazu beitragen würde.

Dr. HELMUT KOCH

Bürokratie ist antiliberal

»Die Bürokratie« von Ludwig v. Mises (Titel d. US-amerikanischen Originalausgabe: »Bureaucracy«, Yale University Press, New Haven, 1944) ist ein Klassiker des Liberalismus. In deutscher Übersetzung erschien das Buch in der Reihe »Klassiker der Freiheit« (Friedrich Naumann Stiftung, Academia-Verlag, 2004).

Ich finde, in den nachfolgenden von mir zusammengestellten Zitaten, kommt die Auffassung des Autors, die ich teile, gut zum Ausdruck, wonach sich die Menschen zwischen Sozialismus und Liberalismus entscheiden müssen. Eine öffentliche Auseinandersetzung zu diesem Thema habe ich bislang vermißt. Auf meinem blog www.markischemeinungen.wordpress.com biete ich dazu einen Meinungsaustausch an.

STEPHAN FISCHER

Es kann keinen Zweifel geben, daß dieses bürokratische System im wesentlichen antiliberal, undemokratisch und unamerikanisch ist, daß es mit anderen Worten im Gegensatz zu Geist und Buchstaben der Verfassung steht und daß es ein Ebenbild der totalitären Methoden Hitlers und Stalins ist. (S. 21, Die Verurteilung des Bürokratismus durch den amerikan. Bürger)

Zentralisierung gehört zum Wesen von Währungs-Gemeinschaften

Das Gleichgewicht bei der Machtverteilung zwischen der Zentralregierung und den Bundesstaaten, wie es in der Verfassung festgesetzt ist, ist ernsthaft gestört, da die neuen Befugnisse, die die Obrigkeit erlangte, zum größten Teil der Union und nicht den Bundesstaaten zukamen... Es ist eine Folge der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten eine wirtschaftliche Einheit mit einheitlichem Geld- und Kreditsystem und mit freier Mobilität von Gütern, Kapital und Menschen ... sind. (S. 23 f.)

Parlamente dienen der Gesetzgebung in marktwirtschaftlichen Systemen

Parlamentarische Verfahren sind eine angemessene Methode zum Entwurf von Gesetzen für eine Gemeinschaft, die sich auf den Privatbesitz der Produktionsmittel, auf freies Unternehmertum und auf die Herrschaft der Verbraucher gründet. Zur Geschäftsführung in einem System staatlicher Allmacht sind sie von ihrer Natur her ungeeignet. (S. 25)

Bürokraten hassen freies Unternehmertum

Es ist weiterhin richtig, daß die Bürokratie erfüllt ist mit einem unversöhnlichen Haß gegen die Privatwirtschaft und das freie Unternehmertum. Doch die Anhänger dieses Systems halten genau das für das lobenswerteste Merkmal ihrer Haltung. Weit davon entfernt, sich für ihre wirtschaftsfeindliche Politik zu schämen, sind sie darauf stolz. Sie streben die vollständige staatliche Leitung der Wirtschaft an und sehen in jedem Geschäftsmann, der sich dieser Lenkung entziehen will, einen öffentlichen Feind. (S. 26)

Mittelweg gibt es nicht

Im Gegensatz zu einem verbreiteten Irrtum gibt es keinen Mittelweg (...). Die Bürger müssen zwischen Kapitalismus und Sozialismus wählen (...). Wer immer sich in diesem Streit dem Kapitalismus anschließt, muß dies offen und direkt tun. Er muß Privatbesitz und freies Unternehmertum positiv unterstützen. (S. 27)

Erfinderische Menschen brauchen Kapitalismus

Die Gesellschaft kann nichts zu Erzeugung

und Aufzucht eines erfinderischen Menschen beitragen. (...) Doch andererseits kann der Staat sehr wohl Verhältnisse schaffen, die die Bemühungen eines kreativen Geistes lähmen und ihn davon abhalten, nützliche Dienste für die Gemeinschaft zu leisten. (S. 30)

Im Wohlfahrtsstaat droht Tyrannei

Nur beschönigend kann ein Staat, in dem die Herrscher nach Belieben alles tun können, was nach ihrer Meinung dem Gemeinwohl am dienlichsten ist, ein Wohlfahrtsstaat genannt und mit einem Staat verglichen (gleichgestellt, Anm. d. Verf.) werden, in dem die Verwaltung an das Gesetz gebunden ist, und die Bürger vor Gericht ihre Rechte gegen illegale Eingriffe der Behörden durchsetzen können. Dieser sogenannte Wohlfahrtsstaat ist vielmehr die Tyrannei der Herrschenden. (S. 57)

Verfassungsstaat sichert Demokratie und Wohlfahrt

Öffentliche Wohlfahrt ist auch das Ziel des Verfassungsstaates. Das charakteristische Merkmal, das ihn vom Despotismus unterscheidet, ist, daß nicht die Behörden, sondern die ordnungsgemäß gewählten Volksvertreter entscheiden müssen, was am besten für das Gemeinwohl ist. Nur dieses System macht das Volk souverän und sichert sein Recht auf Selbstbestimmung. (S. 57)

Privates Gewinnmotiv läßt Interessen des Volkes außer Acht?

Es wurde häufig der Einwand erhoben, daß diese Ausrichtung wirtschaftlichen Handelns am Gewinnmotiv – also am Maßstab eines Überschusses an Ertrag über die Kosten – die Interessen des Volkes als Ganzes außer Acht läßt. Sie berücksichtigt nur die persönlichen Interessen von Individuen, die wiederum keineswegs mit den nationalen Interessen identisch (...) seien. Diese Idee liegt jeglicher totalitären Planwirtschaft zu Grunde. (S. 40)

Wirtschaftsrechnung bedeutet: Der Kunde ist König!

Die letzte Grundlage der (kapitalistischen, Anm. d. Verf.) Wirtschaftsrechnung ist die Wertschätzung durch das ganze Volk. (S. 42)

Die einzige Alternative zur Festlegung der Marktpreise durch die Wahlakte aller Verbraucher ist jedoch die Festsetzung von Werten durch das Urteil einer kleinen Gruppe von Menschen, die Fehlern und Enttäuschungen nicht weniger ausgesetzt sind als die Mehrheit, ungeachtet der Tatsache, daß sie sich unwidersprochen »Obrigkeit« nennen lassen. (S. 42)

Kapitalismus ist unverdaulich

Göttingen ist Geschichte, aber die Probleme der Umsetzung vieler guter Gedanken sind auf der Tagesordnung. Bei seinem Besuch im Land Brandenburg am 14.06. hat der Ko-Vorsitzende der Linkspartei vor den Landtagsabgeordneten ein paar richtungsweisende Formulierungen gebraucht, wie: »... es gehe für die Linke immer um ihre Glaubwürdigkeit« oder »...Reiche müssten im Interesse des Gemeinwohls stärker herangezogen werden«, »...Hartz IV ist falsch und unwürdig«. Mit solchen Aussagen sind die Kernpunkte gemeinsamer Aktionen der linken Kräfte in unserer Region eigentlich hinlänglich umrissen. Sie müssen sich zwangsläufig gegen alle Maßnahmen richten, die darauf abzielen, den Kapitalismus als gesellschaftliche Struktur zu unterstützen und ihn magenfreundlicher machen zu wollen.

Wir haben als linke Kräfte eine mehr als 150-jährige Geschichte, die in ihrem Verlauf die Machenschaften des Kapitals ausgiebig kennen gelernt und dabei auch bittere Erfahrungen gesammelt hat. Eine davon ist die, daß

das Kapital seine Herrschaft nie freiwillig abgibt. Und dabei auch nicht innehält vor der Verbreitung von Not, Angst und Krieg zu Lasten der Schwachen in der Gesellschaft zurück zu schrecken. Kurze Perioden der Zurückhaltung, die den konservativen Kräften des stets präsenten Kapitals von mächtigen Umwälzungen auf unserem Planeten aufgezwungen wurden, haben daran nichts geändert. Die Lernfähigkeit der vom Kapital gestützten Mächtigen besteht nur darin, immer neue raffiniertere Methoden zu ersinnen, um die Möglichkeiten zur Vermehrung des privaten Reichtums und Sicherung des dafür nötigen Profits zu erhalten. Dem gutgläubigen Volk werden die Brosamen der unermeßlichen Gewinne in vielfältiger Form vorgeworfen: Volksaktien als Gewinnbeteiligung; langfristige Sparpakete mit guten Zinsen des Staates; Niedrigzinskredite als Lockfutter für Häuslebauer u.a.; relativ brauchbare soziale Maßnahmen, allerdings ohne Garantie auf Beständigkeit und Dauerhaftigkeit als da sind: Arbeitslosengeld, Tarifverträge, Kindergeld,

Renten; Hartz IV als Zwangsjacke der Hörigkeit oder des Totalausfalls.

Im Verein mit dem Profitstreben steht die für Sozialschwache unbrauchbare Ausgestaltung der Gesetze und ihrer juristischen Durchsetzung. Die Unabhängigkeit der Richter und ihre Rechtsprechung bleiben eine Farce, wenn Kläger und Beklagte nicht finanziell stark genug sind, um sich anwaltlich gut versiert vor Gericht mit Erfolg vertreten zu lassen.

Nur wenn wir uns zusammentun und in häufigen, machtvollen Aktionen unsere Forderungen unüberhörbar kundtun, wird es Veränderungen geben, die nachhaltig sind und den Kapitalismus entwurzelt. Laßt uns diese gewaltige Aufgabe geduldig angehen. Der Marxismus-Leninismus ist dafür ein brauchbares festes Fundament. Lenins Werk »Was tun?« paßt heute, 100 Jahre nach seinem Erscheinen, wie die »Faust aufs Auge«, um die gesellschaftlichen Vorgänge zu verstehen und die richtigen Maßnahmen zu ihrer Veränderung zu ergreifen.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

»Ein gutes Gefühl, angenommen zu werden«

Aufnahme als Kandidat der KPD

Folgender Spruch begleitete mich seit der Konterrevolution: »Wenn du anständig empfindest, erwarte nicht Gleiches von anderen. Denn die Mehrheit, gewiß, fühlt ganz anders als du. Bleibe dem besseren Ich getreu im feinen Empfinden! Aber verzweifle nicht da, wo du kein Echo vernimmst.«

Diesem anständigen Empfinden wollte ich treu bleiben. Es ist nicht ganz leicht, in Zeiten eines gravierenden Umsturzes, der die eigenen Ideale, die eigene Arbeitsleistung nicht nur in Frage stellt sondern zerstört, Gleichgesinnte zu finden. Es dauerte lange. Im September 2011 erfuhr ich von der Arbeit der KPD.

Die KPD Regionalorganisation Barnim/Märkisch Oderland hat einen festen Versammlungsort und führt dort regelmäßig ihre Beratungen durch. So habe ich mich entschlossen, an einem Treffen der KPD-Genossen teilzunehmen. Nach diesem Treffen war für mich klar, bei der nächsten Versammlung den Antrag zu stellen, in die KPD aufgenommen zu werden. Im Oktober 2011 führten die Genossen ihre Landeswahlversammlung durch. Mein Aufnahmeantrag wurde auf dieser Mitgliederversammlung beraten und einstimmig bestätigt. Es war ein gutes Gefühl, von den Genossen angenommen und von der Landesvorsitzenden mit Glückwünschen und Blumen für diesen Schritt bedacht zu werden.

Der Aufnahme ging die Befragung zur Person voraus: Ich bin 1959 in Prenzlau geboren, habe die Polytechnische Oberschule (POS) besucht und nach erfolgreichem Abschluß im RAW »8. Mai« Eberswalde den Beruf des Elektrikers gelernt. Zu dieser Zeit war ich bereits Jugendklubleiter und Kandidat/Mitglied der SED (von 1977 bis 1989). Das Elternhaus war für mich der erste und wichtigste politische Halt. Der Großvater war Gründungsmitglied



der KPD, lange Jahre in Berlin tätig bis zu seiner Hinrichtung durch die Nazis. Auch mein Vater ist bis zu seinem Tod 1974 gesellschaftlich aktiv gewesen. Er arbeitete als Hauptbuchhalter einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) und als Parteisekretär für die erfolgreiche Entwicklung unseres Staates. Ich machte mich entsprechend meiner Berufsausbildung selbständig, weil ich kein Interesse hatte, dem gesellschaftlichen System der Bundesrepublik zu dienen. Durch einen Unfall trug ich gesundheitliche Schäden davon, die zu einer dauerhaften Erwerbsunfähigkeit führten.

Nach der Zustimmung meines Aufnahmeantrages wurde durch die Mitgliederversammlung empfohlen, mit de Übergabe der Kandidatenkarte einen Kandidatenauftrag zu übernehmen. Er beinhaltet: aktiv die Gewinnung neuer Mitglieder zu unterstützen und einen Beitrag zu leisten, die Agitations- und propagandistische Arbeit der Regionalorganisation voranzubringen. Letzteres gelingt mir durch monatlich zwei Infostände. Sie werden regelmäßig durchge-

führt, aber oft durch persönliche Angriffe auf mich und Provokationen erschwert. Unterstützt haben mich die Genossen der Regionalorganisation mit ausreichend Material für diese Auftritte in der Öffentlichkeit. Zur »Neuen Spartakusgruppe« halte ich Verbindung und unterstütze die Öffentlichkeitsarbeit der KPD auch durch deren Material. Durch meine regelmäßige Teilnahme an den Beratungen unserer Regionalgruppe erfahre ich Unterstützung für die Öffentlichkeitsarbeit. Sie hilft mir, vieles besser in den Gesprächen zu vermitteln und ist letztlich der einzige Weg, den Auftrag Mitglieder zu gewinnen, zu erfüllen.

Vom ersten Tag an habe ich einen guten Eindruck von den Mitgliedern der Regionalgruppe und empfinde den kameradschaftlichen Umgang miteinander als eine gute politische Heimat. Zum Treffen mit Mitgliedern der Botschaft Nord-Koreas wurde ich eingeladen, habe dort viele Genossen kennengelernt und feststellen können, daß wir sehr viele einheitliche Meinungen zum kapitalistischen System und seinen kriegesischen Verbrechen haben. Die Teilnahme am bundesweiten Treffen der Kommunisten und Sozialisten war ein besonderes Erlebnis für mich. Abschließend würde ich mir wünschen, daß meine Zeilen die politisch so dringende Forderung nach einer starken Kommunistischen Partei Deutschlands durch das Zusammengehen aufrechter Kommunisten und Sozialisten unterstützen.

K.H. BLÄTTERMANN

Eberswalder Zustände

Am 29. Mai fand im FreiRaum mit »Amadeu Antonio – Eberswalder Zustände Gestern und Heute« eine weitere öffentliche Diskussion zum Thema Amadeu-Antonio-Straße statt. Der Afrikanische Kulturverein Palanca, die Barnimer Kampagne »Light Me Amadeu« und das Eberswalder Jugendbündnis F.E.T.E. hatten eingeladen. Daß sehr viele Menschen kamen, darunter einige Kommunalpolitiker, zeigt welch heißes Eisen das Thema hier ist.

Den Veranstaltern war es wichtig, nicht nur über die von ihnen favorisierte Straßenumbenennung zu sprechen, sondern auch über das Thema Alltagsrassismus und Fremdenfeindlichkeit in Eberswalde und anderswo. In einem Vortragsteil wurde deshalb die Situation der Vertragsarbeiter Anfang der 90er Jahre in Eberswalde geschildert und dargelegt, was es mit dem Alltagsrassismus in dieser Stadt auf sich hat. Hier wurde nochmals bekräftigt, daß nicht die Umbenennungs-Gegner in Sippenhaft genommen würden, »nur« weil sie die Straße ablehnen. Es geht vielmehr darum, einzelne rassistische Argumente in der Debatte als das zu kennzeichnen was sie sind: eben rassistisch. Und davon gibt es leider viele. Außerdem müssen wir uns fragen, warum es gerade bei dieser Straßenumbenennung so einen großen Aufschrei und derartig heftige Diskussionen gibt.

In einem zum Teil emotionalen Diskussions- teil wurde auch der Gegenvorschlag der Bürgerinitiative »Das Fünfte Gebot« diskutiert. Ein Denkmal für alle Mordopfer mit der Aufschrift »Du sollst nicht töten« wurde von vielen Teilnehmern kritisch nicht als Denkmal zum Erinnern, sondern als »Denkmal zum Vergessen« eingeordnet. Für ein wirkungsvolles Erinnern ist es nötig, jedes Opfer für sich zu betrachten.

Der Afrikanische Kulturverein Palanca, die Barnimer Kampagne »Light Me Amadeu« und das Eberswalder Jugendbündnis F.E.T.E. bleiben dabei, daß die Amadeu-Antonio-Straße das richtige Zeichen für ein selbstbewußt gegen Rassismus stehendes Eberswalde und eine würdige Ehrung für Amadeu Antonio und weitere Opfer rassistischer Gewalt wäre. Andere anti- rassistische Zeichen und die Würdigung anderer Gewaltopfer begrüßen wir, wenn diese nicht als Gegensatz zur oder als Ersatz für die Umbenennung verstanden werden, sondern als Teil eines breiten Prozesses zur Überwindung von Rassismus und Gewalt. **FLORIAN GÖRNER**

Richtigstellung

Eberswalde (bbp). Der Beitrag zu den »Straßenumbenennungen in Eberswalde« enthielt leider einen Fehler, wie unser Leser Kurt Berus aus Finow bemerkte. Die Brachlowstraße in Finow ist nicht nach dem 1920 im Kampf gegen Kapp gefallenen Finower Arbeiter Albert Brachlow benannt. Vielmehr wurde hier der 1903 verstorbene Eduard Brachlow, größter Bauer von Heegermühle, der 22 Jahre lang Schulze beziehungsweise Gemeindevorsteher war.

Schocktherapie in Althüttendorf

Ein Besuch im Asylbewerberheim des Landkreises Barnim

Die Gewährung von Asyl ist die Gewährung eines Menschenrechts. Tausende Deutsche haben nach 1933 ihr Leben retten können, weil ihnen Asyl gewährt wurde. Das Asylrecht ist in unserem Bewußtsein ein hohes Gut, das es zu pflegen und zu bewahren gilt. Es darf nicht durch den Mißbrauch des Begriffs Asyl in Frage gestellt und gefährdet werden. Asylmißbrauch ist bei uns nicht mehr die Ausnahme. Hier gilt es, wirksam gegenzusteuern – in ganz Deutschland, im Land Brandenburg und auch im Barnim.

Asylbewerber sind selbständige, erwachsene Menschen, die in Ihrer Heimat aus religiösen, rassistischen oder politischen Gründen ihres Lebens nicht mehr sicher sein können und sich deshalb entschließen, ihre Heimat zu verlassen. Sie bitten in einem Gastland um Asyl und hoffen, bald wieder in ihre Heimat zurückkehren zu können. Das ist die Theorie, so lernt man das in der Schule.

Wer die Praxis kennengelernt hat, in Deutschland, in Brandenburg, im Barnim, der muß nun daran zweifeln, ob er in der Schule aufgepaßt und Richtiges gelernt hat.

Hierzulande gelten Asylbewerber als selbständige, hilflose Personen, die ständig professionell betreut werden müssen, die nicht alleine für sich sorgen können und denen man nur eine eingeschränkte Bewegungsfreiheit gewähren darf. Deshalb werden sie zunächst in Asylbewerberheimen untergebracht. Sie dürfen nicht für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen, haben wenig Kontakt zu den Menschen ihres Gastgeberlandes und kaum Gelegenheit, die Sprache ihrer Gastgeber in der täglichen Praxis zu lernen. Das ist so gewollt. Gewollt wohl nicht zuletzt auch von denjenigen Unternehmen, die mit und von der – staatlich finanzierten – Betreuung leben.

Die Dauer des Aufenthaltes der Asylbewerber im Heim soll begrenzt sein bis zum Abschluß des Asylbewerberverfahrens. Festgeschrieben ist ein Jahr, jedenfalls im Barnim. Auch das ist nur Theorie, denn es gibt Asylbewerber, die leben schon seit mehr als fünf Jahren im Heim. Niemand nimmt Anstoß daran, am allerwenigsten wohl die Betreuer.

»Schweigen macht vieles bequemer«

Zum 12. Todestag von Falko Lütke

Eberswalde (bbp). Am 31. Mai 2000 wurde Falko Lütke in Eberswalde von einem Rechtsextremen vor ein Auto gestoßen. Falko starb an den Folgen der Verletzungen, die er dabei erlitt. Auch am 12. Todestag erinnerten seine Freunde an der Bushaltestelle in der Specht- hausener Straße, dem Ort, an dem das Verbrechen geschah, an die Geschehnisse damals.

»Ja, es war von Falko leichtsinnig, einen be- kannten Schläger auf seine Hakenkreuztätowie-

Die Mehrzahl der Asylbewerber will offen- sichtlich gar nicht wieder zurück in die Hei- mat, sondern, in erster Linie aus wirtschaftli- chen Gründen, in Deutschland bleiben. Hier kann man ohne arbeiten zu müssen von Sozial- hilfe besser leben als in der Heimat. Warum soll man da zurück wollen?

Aus Sicht der Gastgeber kann dieser Zu- stand natürlich nicht befriedigen. So darf der Begriff des Asyls nicht aufgeweicht und mißverstanden werden. Natürlich sollte man nicht ausschließen, daß ein – ursprünglich – nur Asylbewerber sich entschließt, hier bei uns bleiben zu wollen. Wer für sich und seine Fami- lie hier selbst sorgen kann und zwar durch eigen- e Erwerbstätigkeit, der soll die Möglichkeit erhalten, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, also Deutscher zu werden. Aber wer von unseren Gästen will das wirklich?

Deutsche, Europäer, Asiaten, Afrikaner, die z.B. in die USA ausgewandert sind, fühlen sich sofort als Amerikaner und ihre Kinder sind es dann auch wirklich. Die Enkel von nach Deutschland eingewanderten Türken – zum Beispiel – fühlen sich immer noch als Türken und fordern gar entsprechende Zugeständnisse und Lebensbedingungen ein. Woran liegt das? Wollen wir, können wir uns so etwas leisten?

Ich sage ganz klar: Wer hier nur bleiben will, weil man in Deutschland von Sozialhilfe und Kindergeld leben kann, ohne arbeiten zu müs- sen und wer auch nicht wirklich Deutscher werden will, der sollte – zeitlich begrenzt – hier Asyl erhalten, bis er ohne unmittelbare Le- bensgefahr wieder in seine Heimat zurückkeh- ren kann.

Wer hier als Deutscher leben will, der muß sich den in Deutschland geltenden Gesetzen unterwerfen und die hierzulande geltenden Regeln beachten. Dazu gehört, daß er für sei- nen Unterhalt selbst sorgen darf und selbst zu sorgen hat und daß seine Kinder so erzogen werden, wie deutsche Kinder auch. Damit ist nicht ausgeschlossen, daß jeder frei ist in der Ausübung seiner Religion und in der Pflege heimatlichen Brauchtums.

**JOHANNES MADEJA, Kreistagsabgeordneter
Fraktion BVB/Freie Wähler**

»anzusprechen«, sagt Kai Jahns von der Ko- ordinierungsstelle für ein tolerantes Eberswal- de. »Hätte er die Schnauze gehalten, wäre er heu- te noch am Leben. Schweigen macht vieles beque- mer. Wer Nazis nicht hinnehmen will, bekommt Ärger mit denen, und wird nachher noch als 'selbst schuld daran' abgestraft.« Zivilcourage nannte es das Gericht, das seinen Totschläger verurteilte. Selbst »mal das Maul« aufzumachen, So Jahns, sei die beste Ehrung für Falko Lütke.

Die Kiewer Zweckheilige

Von Krähen, Torgau und U-Booten

Zur Zeit wird viel protestiert, und es werden – nach der Arte der Krokodile – reichlich Tränen vergossen. Es geht um das Schicksal der »Madonna von Kiew« bzw. der »Jeanne d' Arc der Ukraine«. Die Blondine mit dem Hildebenjamin-Haarkranz säße zu Unrecht im Gefängnis, sei geschlagen worden und fürchte, demnächst ermordet zu werden. Gauck ließ ein Treffen hochrangiger Politiker, zu dem sein ukrainischer Amtsbruder eingeladen hatte, sausen; die Kanzlerin ging mit der Idee schwanger, der Fußball-EM fern zu bleiben, und übereifrige Journalisten hatten der deutschen Nationalelf gar den Boykott des Turniers empfohlen.

Wie immer, wenn eine bestimmte Spezies von Presse ein bestimmtes Interesse am hochkochen bestimmter Emotionen hat, werden die »Dinge hinter den Dingen« ignoriert oder manipuliert. So soll garantiert werden, daß der Zorn, die Empörung oder das Mitleid in die richtige, nämlich gewünschte Richtung gehen. Wenn, zum Exempel, DDR-Jugendliche in den Jugendwerkhof Torgau eingewiesen wurden, sie also Dutzende Aussprachen, die Versetzung in eine andere Schule, das Kinderheim, ein Heim für schwer Erziehbare und einen gewöhnlichen Jugendwerkhof hinter sich hatten, dann hatte das stets nur Bagatellgründe. Weil der Papa einen Ulbrichtwitz erzählt hatte, weil einer in Jeans zur Prüfung antrat, weil der kahlköpfige Genosse Schuldirektor an einer Beatlesfrisur Anstoß nahm. Und so weiter. Ab nach Torgau in die Folterkammer. Wer in der DDR was zu tun und Ärger hatte als Lehrer mit »aufsässigen« Schülern, weiß, wie hoch die Hürden waren, wenn es darum ging, jemand aus dem normalen Schulleben heraus einer anderen Erziehungseinrichtung zu übergeben. Es ging die zynische Redensart um, daß erst ein Studienrat zu ermorden sei, bevor entsprechend reagiert werde. Bevor was passiert, mußte was passieren. Und – Stichwort »Folter« – wem als Pädagogen mal »die Hand ausrutschte«, dem war eine fette Rüge, wenn nicht die Entlassung sicher. Kommentarlos sei angemerkt, daß im Freistaat Bayern die Prügelstrafe erst 1980 abgeschafft wurde.

Von der krankhaften Scheu der bürgerlichen Medien vor dem Hintergründigen war die Rede und von der ehemaligen Regierungschefin der Ukraine. In – zählbaren – Artikeln zu deren Biografie wird – im Gegensatz zu unzähligen anderen – darauf aufmerksam gemacht, daß möglicherweise nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sein könnte auf dem Weg von der angestellten Ingenieurin zur neunfachen Milliardärin, zur reichsten Frau des armen Landes. Davon ist – natürlicherweise – in BILD nichts zu lesen, aber selbst in der ZEIT wird, wenn auch leicht ironisierend, die Uraltlüge vom Tellerwäscher (Tellerwäscherin) bemüht. Frau Timoschenko habe das Geld, das

sie mit einem Videoverleih erworben habe, aufgestockt durch ein paar Rubelchen aus Familienbesitz, ins russische Ölgeschäft gesteckt und ruckzuck die ersten paar Milliarden gemacht. Wie das eben so läuft.

Ich neige nur bedingt zum Anarchismus, aber daß unter einigermaßen geordneten Verhältnissen schon allein diese Unglaublichkeit für ein paar Jahre hinter schwedischen Gardinen genügen müßte, steht doch wohl außer Zweifel. Da müssen Konkurrenten ausgeschaltet worden sein, Bestechungsgelder geflossen und Gesetze umgangen und Politiker ins Boot geholt und – das vor allem – die braven Leute im Lande mächtig übers Ohr gehauen worden sein. Daß es immer noch Tölpel aus deren Reihen gibt, die die Gaunerin wie eine Ikone verehren, ist weder tragisch noch komisch, nur naiv.

Nicht zu leugnen ist, daß auch die aktuellen Machthaber in Kiew nicht aus dem Zustand blütenweißer Unschuld ans Ruder geraten sind und reichlich Dreck am Stecken haben, daß alte Feindschaften im Spiel sind und würdelose Nachtreterei. Nun ist die eine Krähe dabei, der anderen ein Auge auszuhacken, was unter Galgenvögeln vorkommen soll. Die Weißwäscherin der Timoschenko zur keuschen Taube bei gleichzeitiger Zusatzschwärzung ihrer Gegner zeigt, wohin der Hase laufen soll. Küßt die Milliardäre, wo auch immer ihr sie trifft. Empört euch über die tintenblauen, fotodokumentierten Flecke auf dem Bauch der Märtyrerin und empfindet ihren Bandscheibenvorfall nach, den nunmehr der berühmteste aller deutschen Spezialisten behandeln darf. Bezahlt aus eigener Tasche von der Leidenden persönlich. Wer wird eingeflogen, um einem Bäuerlein, das sich sein Wirbelleiden hinterm Pflug erworben hat, zu helfen?

Wem das Denken nicht ganz und gar abhanden kam und wer nicht bei BILD denken läßt, dem muß Erstaunliches durch den Kopf gehen. Er könnte, nur beiseite, an Saudi-Arabien denken. Wo man Ehebrecherinnen steinigt, Dieben die Hand abhackt und zwölfjährige Mädchen verheiratet. Mit den dortigen Milliardären sind »wir«, also Deutschland, gut im Geschäft seit langem – die Geschäfte laufen wie geölt. Und sind es auch U-Boote und Schnellfeuergewehre hin – flüssiges Gold her. Eine arabische »Schwester« der Timoschenko tät nicht mal einen Unterstaatssekretarius vom Sessel locken, um zu protestieren. Von wegen der Nichteinmischung ins Mittelalter. Pech für die Ukraine, von der Deutschland vor allem Folkloreblusen bezieht. Wår gestern eine Ölfontäne in einem Kiewer Vorort aufgestiegen, sah es heute für die Heilige hinter Gittern noch böser aus als ohnehin. Die Nachfrage nach Petroleumaktien würde die nach ihrem Schicksal weit übersteigen.

Dr. STEFFEN PELTSCH

»NaturKunst« in der Mühle

Unter dem Titel »NaturKunst« zeigen die Mitglieder Monika Gottschling, Uwe Körner, Petra Löfflad, Karsten Schulz, Ulrike Steinhart, Angelika Swodenk, Bernd-Ulrich Voß des Eberswalder Kunstvereins Die Mühle e.V. noch bis zum 1. Juli in der Zainhammermühle Objekte, Schmuckstücke und Bilder. Bei der Gestaltung ihrer Werke ließen sie sich von filigranen, seltsamen und natürlich geformten Fundstücken aus der Natur beeinflussen. In Kombination mit Keramik, Holz, Glas und Farbe entstanden so Naturkunstwerke. Diese 102. Ausstellung in der Mühle ist jeweils samstags und sonntags von 14.30 bis 18 Uhr geöffnet.

ECKHARD GROLL

Regionaltreffen im EXIL

Eberswalde (kj/bbp). Schülerinnen und Schüler aus zwölf »Schulen OHNE Rassismus – Schulen MIT Courage« (SOR-SMC) trafen sich am 7. Juni im Jugend- und Kulturzentrum EXIL Am Bahnhof Eisenspalterei in Eberswalde zu einem Regionaltreffen. Zum Selbstverständnis einer SOR-SMC-Schule gehören drei Punkte. Zum einen setzen sich die Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und alle anderen Personen einer Schule für die Entwicklung nachhaltiger und langfristiger Initiativen ein, um Diskriminierungen, insbesondere Rassismus, zu überwinden. Daneben setzen sie sich permanent mit diskriminierenden und rassistischen Äußerungen oder Handlungen auseinander. Und einmal im Jahr gibt es ein Projekt, um gegen Diskriminierungen, insbesondere Rassismus, vorzugehen.

Als Ort für das Regionaltreffen hat Andrea Rauch, die als Landeskoordinatorin für SOR – SMC bei der RAA Brandenburg fungiert, bewußt das EXIL gewählt. Die Schülerinnen und Schüler können so die Bemühungen um den Erhalt eines authentischen Ortes nationalsozialistischen Terrors kennen lernen. Mitglieder des Jugend- und Kulturverein EXIL e.V. stellten die Dauerausstellung »Wiedersehen mit Eberswalde – Hier gibt es keinen Haß mehr« vor. Darin erzählen drei Überlebende von der Verschleppung nach Deutschland und dem elenden Leben im KZ Außenlager Eberswalde.

Nachdem die Teilnehmer einander ihre Aktivitäten vorgestellt hatten, in drei Workshops weiterdiskutiert. Dieter Gadischke stellte die Barnimer Kampagne »Light me Amadeu« vor und diskutierte mit den Schülern darüber, was Rassismus ausmacht und was man zu seiner Verringerung tun kann. Mit Frank Radüg ging es um Emotionen und Körperreaktionen im kulturellen Kontext. Im dritten Workshop stieg Vulkan T mit einem Blick auf Zuwanderung seit dem Anwerbeabkommen zwischen der BRD und der Türkei ein, klärte Begriffe wie Migration und Ausländer, um dann auf aktuelle Diskussionen einzugehen. In einer abschließenden Verabredungsrunde wurde dann erfragt, wo Unterstützung benötigt wird.

Sommernächte, Musik, Träume, Singles

23. Juni, Sonnabend, 3. Hüttenabend »Ein Sommernachtstraum«.

Ein musikalischer Hüttenabend (ca. 4 Stunden) mit gemeinsamer Volksmusik wird garantiert für Stimmung sorgen. Das urig-romantische Ambiente am Teufelssee und die bodenständige Musik von Klaus Schluchter (Gitarre und Mundharmonika) und Renate Adrian (Akkordeon) werden sicher begeistern. Bernd Müller wird einige Sagen erzählen. Die Kessellage der Jugendherberge am Teufelssee sorgt für tolle Akustik. Ab 16 Uhr wartet Kaffee und Kuchen auf die ersten Gäste, welche das Konzert der Waldvögel genießen können ehe gegen 17 Uhr der eigentliche Hüttenabend beginnt. Es wird empfohlen, vorher einen kleinen Spaziergang zum nur 300 Meter entfernten Teufelssee zu unternehmen. Wir bitten um schnelle Reservierung der begrenzten Karten unter 03344-333200! Ein Fahrservice für Bad Freienwalde, Wriezen, Falkenberg und Umgebung steht zur Verfügung. Die Karten können per Überweisung erworben werden. Bitte dazu den Betrag (Anzahl der Personen x Betrag in Euro) an Bernd Müller, Konto 0698470641 Bankleitzahl 50010517 bei ING DIBA überweisen. Verwendungszweck: 3. Hüttenabend Sommernachtstraum und Telefonnummer angeben! Am Veranstaltungstag liegen dann eine Liste aus mit den Karteninhabern und deren Eintrittskarten.

Treff: ab 16 Uhr Jugendherberge Teufelssee, Hammerthal 3, 16259 Bad Freienwalde.
Gebühren: Erwachsene 7 Euro; Mitglieder NaturFreunde Oberbarnim 50 % ermäßigt.

24. Juni, Sonntag, Single-Abendwanderung »Gemeinsam statt einsam«

Eine besonders romantische Abendwanderung erwartet die Teilnehmer. Unter dem Motto »Gemeinsam in die Natur statt einsam vor dem Fernseher allein in weiter Flur« ist kurzer Kennenlernetreff um 15 Uhr zu Kaffee und Kuchen in der Jugendherberge. Gegen 16 Uhr geht es geführt vorbei am Teufelssee durch die Ahrendskehle zum Fontane-Höhenweg. Kurz vor Dannenberg wird rechts auf diesem abgelenkt und ein wunderschöner Weg empfängt die Teilnehmer. In der Abendsonne wird wieder der Teufelssee erreicht. Unterwegs werden einige Sagen vom Müllerburschen Bertram (Bernd Müller) erzählt. Weitere Einlagen sind geplant. Nach der Tour wartet bereits lecker Gegrilltes in der Jugendherberge und gemeinsam lassen wir den Abend ausklingen. Die Teilnahme ist nicht nur Singles vorbehalten. Bereits »vergebene« Teilnehmer werden jedoch gekennzeichnet, um Mißverständnisse zu vermeiden. Tourleiter: Volker Nagel/Bernd Müller. Wir bitten um Anmeldung unter 03344-333200.

Treff: ab 15 Uhr Jugendherberge Teufelssee, Hammerthal 3, 16259 Bad Freienwalde
Gebühren: Erwachsene 2,20 Euro, ermäßigt Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber 1,10 Euro, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

BERND MÜLLER

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)



KULTURBAHNHOF FINOW

Dienstag, 19.6., 9-16 Uhr: Erlebnistag Tier, Unkostenbeitrag 1,50 Euro, Tiershow mit Zoodirektor Bernd Hensch, Hundesportverein DOGS Barnim 09 e.V., Imkerei, Angelverein, Tauben, Kaninchen Ausstellungen und Wissenswertes
15.9., 20 Uhr: Tanz im Bahnhof (Ü 30)
19.9., 15 Uhr: „Bonjour Eberswalde!“, Konzert & Tanz, Französischer Nachmittag mit anschließendem Tanz
– Änderungen vorbehalten –
Karten + Vermietung: Kulturbahnhof Finow
Tel. 03334-2779628

Fax-Service eingestellt

Die Fax-Nummer der Barnimer Bürgerpost wird ab 1. Juli 2012 abgeschaltet. Der entsprechende Service über eine »erweiterte 01805-Rufnummer« mußte »aus regulatorischen Gründen« eingestellt werden, teilte der Betreiber mit. Künftig wäre ein Fax-Empfang über den Servicedienst nur noch in kostenpflichtiger Variante möglich. Da die tatsächliche Inanspruchnahme der Fax-Nummer in letzter Zeit gegen Null ging, sehen wir keine Veranlassung, den Etat der »Barnimer Bürgerpost« mit solchen Kosten zu belasten. Der Fax-Empfang der »Barnimer Bürgerpost« wird daher ab 1. Juli ersatzlos eingestellt.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Ferienzeit

Wir haben etwas vorgearbeitet. Daher bleibt bis zur Augustausgabe, die am 7. August erscheinen wird, etwas Zeit. Ferienzeit. Herausgeberverein und Redaktion wünschen allen Leserinnen und Lesern gute Erholung.

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Freiraum, Markmann (3), V DGN, ver.di

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 14. Juni 2012

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 2.8.2012, 12 Uhr.